Herausgegeben von den britischen Militärbehörden
Die Zeitung erscheint jeweils dienstags und freitags
Der Postverlagsort ist (21) Oelde

Neue Westfälische Zeitung

Die Anzeigen für die jeweilige Teilausgabe und die Ausgabebezeichnungen erscheinen auf der vierten Seite dieser Zeitung

Nr. 86 Dienstag, den 9. April 1946 20 Pfg.

Eine Weltoffensive gegen den Hunger

Verteilung der Nahrungsmittel an alle Notleidenden

„EILE TUT NOT", heißt es in einem Aufruf des neuen Generaldirektors der UNRRA., La Guardia, in dem er alle Nationen der Welt auffordert, ihre Kräfte voll einzusetzen, um die Hunger-Drohung für Millionen verzweifelter Männer, Frauen und Kinder schnellstens abzuwenden. Dieser Aufruf wurde am Donnerstag in London auf der Sitzung der europäischen Ernährungskonferenz verlesen.

Gesteigerte Hilfeleistungen aller Ausfuhrländer und die Sicherstellung einer gerechten Verteilung der Nahrungsmittel in sämtlichen notleidenden Staaten werden in dem Aufruf La Guardias vor allem gefordert. La Guardia erklärte, daß mehr Männer hinter dem Pflug anstatt unter den Waffen stehen müßten. Die UNRRA. werde Nahrungsmittel überall dort kaufen, wo sie vorhanden sind, und überall dorthin bringen, wo man sie braucht.

Delegierte erstatten Bericht

Durch die Ausfuhr von 11 Millionen Tonnen Weizen bis Ende 1946 wollen die Vereinigten Staaten über hundert Millionen Menschen mit einer täglichen Brotration von 300 Gramm versorgen, erklärte der amerikanische Hauptdelegierte und fügte hinzu, daß die Vereinigten Staaten durch Zwangsmaßnahmen und freiwillige Hilfsaktionen bestrebt sind, den Eigenverbrauch an Getreide um 40 Prozent, an Ölen und Fetten um 20 Prozent zu senken.

Doppelte Quantitäten an Nahrungsmitteln gegenüber dem Vorjahr werde die irische Regierung nach dem Kontinent verschicken, führte der irische Handelsminister aus. Das sind 35 000 Stück Rindvieh, 9 Millionen Pfund Büchsenfleisch und 20 000 Tonnen Zucker, außerdem Speck, Milch und Käse, von denen große Mengen bereits geliefert wurden.

Von 92 000 auf 35 000 Tonnen ermäßigte die schwedische Regierung ihre Forderung auf die Einfuhr von Weizen bis Ende Juni, erklärte der schwedische Versorgungsminister.

Die dänische Fischereiflotte könne ihre Fänge um viele hundert Tonnen in der Woche erhöhen, wenn der Absatz auf dem Kontinent entsprechend organisiert werde, erklärte der dänische Landwirtschaftsminister.

Der schweizerische Delegierte sagte, daß im Hinblick auf die erfolgreiche Vorratswirtschaft die Schweiz in der Lage sei, ihre Ansprüche auf Lebensmitteleinfuhr zur Zeit zurückzustellen.

Der portugiesische Wirtschaftsminister gab dem Willen seiner Regierung Ausdruck, die gleichen Opfer zu bringen, die die anderen Völker der Welt auf sich nehmen.

Auf die von der britischen Regierung eingeleiteten Schritte zur Einschränkung des Brot- und Getreideverbrauchs in Großbritannien wies der britische Landwirtschaftsminister hin.

Frankreich benötige in den nächsten drei Monaten eine Getreideeinfuhr von je 320 000 Tonnen, um den Anschluß an die nächste Ernte zu gewinnen, betonte der französische Ernährungsminister.

Italiens bedrängte Ernährungslage wurde von dem italienischen Gesundheitsminister geschildert. Über eine Zunahme der Tuberkulose und anderer Epidemien unter den belgischen Kindern sprach der frühere belgische Landwirtschaftsminister.

Ernährungskonferenz beschließt Sofortmaßnahmen

London, 7. April. Eine Reihe von Entschließungen zur Behebung der Lebensmittelnot und ein konkretes Selbsthilfeprogramm für Europa beschlossen die Vertreter von 18 europäischen Nationen auf der Sonnabend-Schlußsitzung der Londoner europäischen Lebensmittelkonferenz.

Danach sollen in erster Linie die Brot- und Mehlreserven in allen europäischen Ländern bis zur kommenden Ernte auf ein für die Lebenshaltung notwendiges Minimum herabgesetzt werden, um damit die Weizen- und Getreideexportmöglichkeiten im Laufe des Jahres auf ein Höchstmaß zu steigern und Hunger und Unterernährung in notleidenden Gebieten zu vermeiden.

In den ehemaligen Feindländern sollen die Besatzungsbehörden im Rahmen der allgemeinen Wirtschafts- und Wiedergutmachungspolitik der Erzeugung landwirtschaftlicher Geräte und der Förderung von Kohlen für den Export Vorrang gewähren.

Die Konferenz nahm zur Kenntnis, daß die norwegische, dänische, schwedische und portugiesische Fischerei bedeutende Mengen von Fischen zur sofortigen Ausfuhr bereitstellen können und sogar zu zusätzlichen Lieferungen in der Lage seien, wenn es gelinge, den Absatz transportmäßig zu organisieren.

Auf der Schlußsitzung kam weiterhin zum Ausdruck, daß Deutschland zur Zeit wesentliche Exporte durchführe, die nur buchmäßig abgerechnet würden. Da dieses System nicht allzu lange durchzuführen sein werde, werden Abmachungen zwischen dem Kontrollrat und den Abnehmerländern empfohlen, um aus diesem Handel einen Nutzen entspringen zu lassen.

Notruf des Papstes

Rom, 4. April. Der Papst richtete am heutigen Donnerstag über den Rundfunksender der Vatikanstadt einen dringenden Appell an die Welt, die Hungersnot zu bannen. „Nordamerika führt in der Weltoffensive gegen die Hungersnot", erklärte der Papst. „Ich appelliere an unsere geliebten Söhne in Latein-Amerika, besonders in Argentinien und Brasilien, der Welt zu helfen."

Attlee vor dem Unterhaus

London, 5. April. Ministerpräsident Attlee und der britische Ernährungsminister Sir Ben Smith gaben am Donnerstag vor dem Unterhaus einen Überblick über den Stand der Welternährungslage und die Maßnahmen, die von der britischen Regierung in Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Ernährungsamt Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und Kanadas sowie der UNRRA. zur Linderung der Welternährungskrise getroffen wurden.

Ministerpräsident Attlee sagte, Großbritannien werde alles tun, um auch die ehemaligen Feindländer vor Hungersnot zu bewahren.

„Was tut es jetzt zur Sache", erklärte der Ministerpräsident, „wo die Verantwortlichkeit für die Hungersnot zu suchen ist? Kommt es jetzt darauf an, festzustellen, wer der Hilfe mehr oder weniger würdig ist? Wirklich dringlich ist jetzt, daß Hilfe in genügendem Ausmaß gebracht werden kann, wo immer sie nötig ist."

Der britische Ernährungsminister Sir Ben Smith sagte, er hoffe, daß in Kürze eine Übereinstimmung über ein einheitliches Rationierungssystem in den ehemaligen Feindländern erzielt werde, das auf einer Zuteilung von 1000 Brot-Kalorien täglich basiert.

Hoover spricht für die hungernden Kinder

London 5. April. Sofortige Hilfsmaßnahmen für 20 Millionen unterernährter Kinder in Europa forderte Herbert Hoover am Freitag auf der europäischen Ernährungskonferenz in London in einer großen Rede über das europäische Ernährungsproblem.

Während die Ärzte 2300 Kalorien als ein gesundheitliches Minimum ansehen, können viele Regierungen ihrer Bevölkerung nur täglich Rationen gewähren, die kaum 1250 Kalorien überschreiten, ja in vielen Ländern sogar kaum 1000 Kalorien erreichten, stellte Hoover fest.

Den größten Teil seiner Ausführungen widmete Hoover der Gefahr, die den Kindern durch Unterernährung in Europa droht. Herbert Hoover sagte dabei wörtlich: „Von der russischen Grenze bis zum Kanal gibt es heute 20 Millionen Kinder, die nicht nur unternährt sind, sondern auch ständig durch Tuberkulose, Rachitis, Anämie und andere Folgen von schlechter Ernährung bedroht werden."

Mit lauter Stimme fuhr Hoover dann fort: „Wenn Europa eine Zukunft haben soll, so muß vor allem für diese Kinder etwas getan werden. Wenn sie nicht besser ernährt werden, werden viele sterben oder krank aufwachsen."

Hoover erklärte dann wörtlich: „Die Wiederherstellung der Kinder kann nicht warten. Es ist kein Tag mehr zu verlieren, denn wir haben schon ein ganzes Jahr verloren. Die Welt kann Kindern gegenüber keinen Haß haben, auch nicht gegenüber den Kindern unserer Feinde."

Berlin, 5. April. Den baldigen Besuch des früheren amerikanischen Präsidenten Herbert Hoover in Berlin kündigte der stellvertretende amerikanische Militärgouverneur in Deutschland, Generalleutnant Lucius D. Clay, an.

„Lebensmittel sind vorhanden"

Washington, 6. April. Wenn es keine Lebensmittel auf der Welt gäbe, dann müßten wir alle den Gürtel enger schnallen, aber dies ist nicht der Fall, erklärte der neue Generaldirektor der UNRRA., Fiorello la Guardia, in Washington.

„Lebensmittel sind vorhanden" führte La Guardia aus, „nicht gerade in der Menge, um den bedrängten Ländern normale Rationen zu liefern, aber doch ausreichend, um ihnen die Mindestrationen für die Erhaltung ihrer Arbeitskraft zu geben."

„Es gibt hundert Millionen Bushels Weizen auf den Farmen unseres Landes. Dieser Weizen muß heraus und im April verschifft werden. Wenn wir versagen, wird eine immerwährende Schande auf unserem Lande liegen."

„Wir sollten 700 000 Tonnen Weizen monatlich verschiffen", sagte La Guardia, „aber im letzten Monat sind nur 347 000 Tonnen ausgeführt worden. Es ist leicht für uns in den USA., Tabellen mit Ziffern und Prozenten anzufertigen, aber keiner kann das Leben der hungernden Völker dadurch erhalten, wenn er ihnen Statistiken vorsetzt."

Persienkrise entspannt

New York, 5. April. Der Text der Kompromißformel über die weitere Behandlung des persischen Problems, die Donnerstag nachmittag vom Weltsicherheitsrat angenommen wurde, liegt jetzt vor. Nach einer kurzen Beratung wurde die Resolution mit 9 Stimmen bei nur einer Enthaltung — Australien — angenommen.

In der Resolution heißt es, daß der Sicherheitsrat darauf vertraut, daß es die Absicht der Sowjetregierung ist, die Zurückziehung der Truppen aus Persien so schnell wie möglich fortzusetzen, daß die Sowjetregierung damit rechnet, die Zurückziehung aller Truppen aus ganz Persien innerhalb von 5 oder 6 Wochen vollständig durchzuführen und daß die Punkte, die zwischen Persien und der Sowjetregierung beraten werden, nicht mit der Zurückziehung der Sowjettruppen verknüpft sind.

Der Rat erkennt an, daß die Zurückziehung aller sowjetischen Truppen aus ganz Persien nicht zu einem wesentlich früheren Zeitpunkt durchgeführt werden kann als zu dem, den die Sowjetregierung bezeichnet hat. Der Rat erkennt an, daß es die Absicht der Sowjetregierung ist, bis zu diesem Zeitpunkt die Zurückziehung abzuschließen.

Es wird beschlossen, daß der Sicherheitsrat weitere Beratungen über die persische Angelegenheit bis zum 6. Mai aufschiebt. Zu diesem Zeitpunkt sollen die sowjetische und die persische Regierung dem Sicherheitsrat berichten, ob die Zurückziehung vollständig ist. Der Rat wird dann auch erörtern, ob weitere Beratungen über den persischen Appell notwendig sind.

Teheran, 5. April. Über das Abkommen, das zwischen der Sowjetunion und der persischen Regierung zustande gekommen ist, wurden in Teheran und in Moskau Kommuniqués veröffentlicht. Demnach ist eine Einigung darüber erzielt worden, daß ganz Persien von den Truppen der Roten Armee bis zum 6. Mai geräumt werden soll. Vorschläge über eine gemeinsame persisch-russische Ölgesellschaft sollen dem persischen Parlament innerhalb von sieben Monaten unterbreitet werden. Die Angelegenheit Aserbeidschan wird als eine innere Frage Persiens betrachtet.

Der Sprecher der persischen Regierung erklärte, daß durch das Ölabkommen die Verfassung nicht verletzt werde. Gewiß könne die Regierung keine Ölkonzessionen gewähren, aber es handele sich nicht um eine Konzession, sondern um die Bildung eine gemeinsamen Ölgesellschaft.

Ein Militarist verliert seine straffe Haltung

Keitel unterschrieb Befehle der Grausamkeit und Brutalität

Nürnberg, 4. April. Eine völlig neue Wendung nahm die Verteidigung des ehemaligen Chefs des OKW. Wilhelm Keitel am zweiten Tage seiner Vernehmung im Zeugenstand, als sein Verteidiger Dr. Nelte den Fortgang der Vernehmung seines Mandanten unterbrach und bat, eine von Keitel niedergeschriebene Erklärung verlesen zu dürfen, die eine außerordentliche Bedeutung für das Prozeßthema habe.

„Der Führer Hitler hat seine Autorität und seine grundsätzlichen Befehle Nr. 1 in unverantwortlicher Weise uns gegenüber mißbraucht", hieß es im Anfang dieser Erklärung. Dieser Befehl Nr. 1 habe etwa gelautet: 1. Niemand soll Kenntnis haben von geheimen Dingen, die nicht in seinen eigenen Aufgabenbereich gehören. 2. Niemand soll mehr erfahren, als er zur Erfüllung der ihm gestellten Aufgaben wissen muß. 3. Niemand soll früher Kenntnis erhalten, als es für die ihm zufallenden Obliegenheiten notwendig ist. 4. Niemand darf geheim zu haltende Aufträge eher an nachgeordnete Stellen weitergeben, als dies zur Erreichung des Zwecks unvermeidlich ist.

„Wäre der gesamte Komplex", so fährt Keitel in seiner Erklärung fort, „der aus der Ermächtigung Himmlers im Osten sich entwickelte, vorher bekannt gewesen, so hätte in diesem Falle erstmalig die führende Generalität dagegen eindeutig Protest erhoben.

Keitels Niederschrift sagt weiter, daß es zu den „Ungeheuerlichkeiten" gekommen sei, weil Himmler die SS. als eigenen Staat im Staate aufgezogen und sie „zum eigentlichen Vorkämpfer und Bannerträger einer Eroberungs- und Machtpolitik" gemacht habe.

Keitel berichtete dann, daß er über Hitlers erste Andeutung eines Krieges mit Rußland im August 1940 äußerst unglücklich gewesen sei, und beschlossen habe, auf Hitler „einzuwirken". Er habe ein Memorandum geschrieben, das er dann, einige Zeit später Hitler übergeben habe. „Es geschah aber nichts", fügte Keitel resigniert hinzu.

Gefreiter Hitler war „Leutnant und Stratege"

Der russische Ankläger Rudenko fragte den Angeklagten: „Haben Sie nicht einen Befehl unterschrieben, der deutschen Offizieren das Recht zugestand, auf Gerichtsverfahren zu verzichten und die Erschießung russischer Zivilisten zu befehlen?"

Keitel: „Das war ein Befehl, den mir Hitler gegeben hat. Ich habe meinen Namen darunter gesetzt."

Der Ankläger stellte Keitel vor, daß er als Generalfeldmarschall doch in militärischen Dingen auf Hitler, schon wegen seiner militärischen Vorbildung, einen so großen Einfluß hätte haben müssen, daß er das Allerschlimmste hätte verhindern können. „Welchen militärischen Rang hatte Hitler?" fragte er den Zeugen.

Auf diese Frage antwortete Keitel zur allgemeinen Überraschung: „Ich habe erst vor wenigen Jahren von Hitler erfahren, daß er bei Abschluß des ersten Weltkrieges Leutnant in einem bayrischen Bataillon gewesen ist." Der Ankläger irre aber, wenn er glaube, daß er, Keitel, Hitler in militärischen Dingen in irgend etwas habe belehren können. Alle Generale waren fassungslos über die unvorstellbaren Kenntnisse Hitlers in der militärischen Literatur. Er kannte alle Generalstabswerke der Welt, alle strategischen Probleme waren ihm geläufig. Es war unmöglich, ihm jemals einen Irrtum nachzuweisen."

Nürnberg, 6. April. Drei „schlimmste Dinge" führte Wilhelm Keitel auf, die er „gegen die innere Stimme seines Gewissens" in Ausübung seiner Befehlsgewalt begangen hätte.

Eines dieser „schlimmsten Dinge" sei die Angelegenheit der 50 RAF.-Offiziere, die nach einem Fluchtversuch von Stalag Luft 3 hingerichtet wurden. Die anderen „schlimmsten Dinge", zu denen Keitel sich bekannte, waren von ihm gegebene Befehle, die die Kriegsführung im Osten anbetrafen, soweit sie den Kriegsgebräuchen widersprachen und „eine Frage, die mich am meisten betrifft, die der Behandlung von Terrorfliegern".

General Rudenko, der zunächst sein am Vortag begonnenes Verhör zu Ende führte, forderte Keitel auf, einen Befehl zur Partisanenbekämpfung zu erklären, in dem es hieß, daß „50 bis 100 Kommunisten" für jeden erschossenen deutschen Soldaten sterben müßten.

Keitel zögerte und suchte nach Worten. Schließlich sagte er, daß der Entwurf dieses Befehls, mit dem er zu Hitler gegangen sei, nur von „fünf bis zehn" gesprochen habe.

Mit Sarkasmus in die Stimme gab Rudenko zurück: „Also war der einzige Unterschied zwischen Ihnen und Hitler in dieser Sache ein Zahlenunterschied."

Ein treuer Diener seines Herrn

Auf den Rand eines anderen Schriftstückes über „Einsatzgruppen", die den Auftrag hatten, Zivilpersonen, Kriegsgefangene mit politischen Interessen und andere Personen in die Hände des SD. zu bringen, hatte Keitel geschrieben: „Das ist zweckmäßig".

Rudenko fragte: „Wollen Sie jetzt zugeben, daß Sie ein echter nationalsozialistischer General waren?"

Keitel sagte still und sichtbar erschöpft: „Ich war Hitler treu ergeben und ich kann mir nicht vorstellen, daß es bei Ihnen einen General gibt, der nicht dem Marschall Stalin bedingungslos gehorcht."

Keitels straffe militärische Haltung und sein entschiedener Ton brachen völlig zusammen, als ihm Sir David Maxwell Fyfe einen Brief entgegenhielt, in dem er von der „inneren Stimme seines Gewissens" und „Soldatenehre" sprach.

Sir David zitierte von Keitel unterschriebene Befehle, in denen stand, daß die Bevölkerung der besetzten Gebiete lebenslängliches Einsperren als Schwäche auffassen würde. Die Einschüchterung würde nur dann ausreichend sein, wenn die Angehörigen der „Verbrecher" über deren Schicksal im Ungewissen gelassen würden. „Waren das grausame Befehle?" fragte der Ankläger.

„Ja, das waren sie", antwortete Keitel.

Auf einen Befehl eingehend, nach dem britische Kommandotruppen, die in Norwegen gefangen genommen wurden, erschossen werden sollten, fragte der Ankläger:

„Als Feldmarschall, der in den Schuhen eines Blüchers, eines Gneisenau und eines Moltke stand — wie konnten Sie da den Mord an diesen jungen Männern dulden?"

Keitel: „Ich wußte, daß diese Dinge vorkamen, aber ich habe den Befehl nicht gegeben."

Ankläger: „Was ich wissen möchte, ist, warum es in der ganzen deutschen Armee keinen Mann Ihres Dienstgrades gab, der den Mut hatte, gegen solchen kaltblütigen Mord aufzustehen."

Keitel: „Ich kann nur sagen, ich habe nicht protestiert. Im Namen anderer kann ich nicht sprechen."

Als der britische Ankläger Vergeltungsmaßnahmen gegen die Angehörigen von Franzosen erwähnte, die auf seiten der Russen kämpften, sagte Keitel mit Bewegung in der Stimme: „Ich habe meine eigenen Söhne in diesem Kriege verloren."

Sir David entgegnete ihm: „Söhne im Krieg zu verlieren ist eine schreckliche Tragödie. Aber strenge Maßnahmen gegen die Mutter eines Jungen zu ergreifen, der mit den Verbündeten seines Landes gegen den Feind kämpfen wollte, ist gemeine Brutalität."

Geeinigt!

Din „sogenannte persische Frage", wie der sowjetrussische Vertreter Gromyko im Sicherheitsrat den persisch-russischen Streitfall nicht ohne Absicht zu bagatellisieren versuchte, hat ihre endgültige Regelung gefunden, soweit sich bis heute feststellen läßt. Am 5. April wurde in Teheran zwischen den Vertretern der beiden Staaten ein Abkommen unterzeichnet, das bestimmt: 1. Bedingungslose Räumung Persiens von der Roten Armee bis zum 6. Mai, 2. Vorschläge über eine gemeinsame russisch-persische Ölgesellschaft und 3. die Regelung der Frage Aserbeidschan ist eine innere Angelegenheit Persiens. Schon am Tage vorher hatte der Sicherheitsrat in Erwartung dieses Abkommens in Abwesenheit des russischen Vertreters mit neun gegen eine Stimmenthaltung (Australien) beschlossen, seine weiteren Beratungen über den Fall bis zum 6. Mai zu vertagen und dann nach den Berichten des persischen und russischen Vertreters zu entscheiden, ob die Angelegenheit endgültig beigelegt ist.

Es war nicht so einfach, eine Einigung herbeizuführen. Schon am 15. Januar, auf seiner ersten Sitzung in London, hatte sich der Sicherheitsrat mit der persischen Frage befaßt und sie zurückgestellt, um das Ergebnis direkter Verhandlungen zwischen Rußland und Persien abzuwarten. So kam denn die Angelegenheit auf der zweiten Tagung, in Neuyork, zur Erörterung. Es war ein schweres Ringen, das seinen Höhepunkt erreichte, als der russische Vertreter den Kampfplatz verließ, weil seinem Antrag, die Debatte bis zum 10. Mai zu vertagen, keine Folge gegeben wurde. Die Lage wurde dadurch noch verworrener, daß die Berichte der beiden Staatenvertreter sich wiederholt widersprachen. Dazu kam, daß Rußland die Angelegenheit als eine „Situation" und nicht als einen „Disput" ansah, mit andern Worten, daß es gewillt war, im entscheidenden Augenblick von seinem Vetorecht Gebrauch zu machen, gestützt auf die in der Gründungsversammlung der UNO. in San Franzisko getroffene Abänderung der Jaltaform. Diese wurde von Rußland so ausgelegt, daß die großen Mächte immer das Vetorecht haben, gleichgültig, ob der Sicherheitsrat einen Fall als zu prüfende „Situation" oder als „Disput" ansieht. Nach langwierigen Verhandlungen wurde dann mit russischer Zustimmung in San Franzisko festgelegt, daß einer beteiligten Macht das Vetorecht nur zusteht, wenn sich der Rat mit einer "Situation" zu befassen hat. In London hatte Rußland mit seinem Vetorecht Erfolg. Jetzt aber standen Großbritannien und USA. auf dem Standpunkt, daß es überhaupt keinen „Disput" gäbe, wenn die persische Frage kein „Disput" sei. Das drohende Gewitter des Vetos ist diesmal am Sicherheitsrat vorübergezogen, ohne sich zu entladen. London wie Neuyork aber haben erkennen lassen, daß der Streit um „Situation" und „Diput" nicht zum letztenmal im Rat aufgetaucht ist.

Jedenfalls ist die russisch-persische Krise jetzt gelöst. Es geht darob wie ein Aufatmen durch die ganze politische Welt. Das kommt in den Äußerungen der Presse deutlich zum Ausdruck. „Ein Sieg der öffentlichen Meinung", „Dieser glückliche Abschluß", „Der große moralische Sieg der UNO." sind einige Ausdrücke führender Blätter der Weltpresse. „Dieses Ergebnis wurde möglich," betont die New York Times, „weil sowohl Rußland wie Persien auf die Fragen des Weltsicherheitsrates in einer Weise Antwort gaben, die die Autorität des Rates als Schiedsrichters in internationalen Streitfällen ganz erheblich gesteigert hat. Damit wurde auch der Weg für eine gütliche Lösung der Probleme des Mittleren Ostens gebahnt und zur Lösung der Spannung zwischen den großen Mächten beigetragen, die eine Rückkehr des wirklichen Friedens verzögert."

Darin liegt eben die Bedeutung der Beilegung des Streitfalles für Deutschland: Der Frieden ist gewahrt, weil die Mächte den Frieden wollen! Den blöden Kriegsgerüchtemachern sind wieder einmal die Felle weggeschwommen, jenen unbelehrbaren Toren, die von einem dritten Weltkrieg das Heil Deutschlands erwarten. Diese Menschen sind zu einfältig, um einzusehen, daß Deutschland sich nicht erholen kann, solange diplomatische Schwankungen zwischen den großen Staaten ihre Entschlüsse über das deutsche Schicksal hemmen. Unter diesem Gesichtspunkt wird auch das deutsche Volk die Lösung der persisch-russischen Streitfrage nur begrüßen.

Byrnes' Vorschlag: Außenminister-Konferenz

Washington, 6. April. Die Einberufung einer Außenministerkonferenz der vier Großmächte schlägt der amerikanische Außenminister Byrnes in einer Note an die britische, russische und französische Regierung vor. Die Besprechungen sollen am 25. April in Paris beginnen.

Außenminister Byrnes bezeichnet in seiner Note die vorgeschlagene Außenministerkonferenz als „wesentlich zur Durchführung der Moskauer Beschlüsse über die Friedenskonferenz von Paris".

London, 6. April. Die britische Regierung hat den Vorschlag des amerikanischen Außenministers Byrnes angenommen, die Konferenz in Paris abzuhalten.

Nach der griechischen Wahl

Athen, 5. April. Auf Grund einer Einigung der monarchistischen Volkspartei und des nationalen Blocks wurde in Griechenland am Donnerstag eine neue Regierung unter dem Ministerpräsidenten Panayottis Poulitzas gebildet. Der Führer der monarchistischen Volkspartei, Constantin Tsaldaris, übernahm das Außenministerium.

Der Rücktritt des griechischen Regenten, des Erzbischofs Damaskinos, wurde am Freitag in einer offiziellen Verlautbarung in Athen bekanntgegeben. Dazu erklärte ein Sprecher der griechischen Regierung, daß „es das Vorrecht des Königs sei, den Erzbischof aufzufordern, weiter im Amt zu bleiben oder einen neuen Regenten zu ernennen, bis die Streitfrage über das griechische Regime entschieden ist".

Neues Arbeitsgerichtsgesetz

Berlin, 4. April. Der Alliierte Kontrollrat hat ein neues Arbeitsgerichtsgesetz erlassen, das die Errichtung von örtlichen und Berufungsarbeitsgerichten in ganz Deutschland vorsieht. Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen und bearbeiten alle Fälle, in denen Streitigkeiten in Arbeitsangelegenheiten auftreten.

Die Arbeitsgerichte sind unter Ausschluß der ordentlichen Gerichte, ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes für die folgenden bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten zuständig:

1. Streitigkeiten zwischen Tarifkollektivvertragspartnern oder zwischen diesen und dritten aus Tarifkollektivverträgen oder über das Bestehen oder Nichtbestehen von Tarifkollektivverträgen.

2. Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern aus dem Arbeits- oder Lehrverhältnis über das Bestehen oder Nichtbestehen eines Arbeits- oder Lehrvertrages oder aus Verhandlungen über die Eingehung eines Arbeits- oder Lehrvertrages und aus dessen Nachwirkungen, ferner Streitigkeiten aus unerlaubten Handlungen, soweit diese mit dem Arbeits- und Lehrverhältnis im Zusammenhang stehen. Ausgenommen sind:

a) Streitigkeiten, deren Gegenstand die Erfindung eines Arbeitnehmers bildet, soweit es sich nicht nur um Ansprüche auf eine Vergütung oder Entschädigung für die Erfindung handelt.

b) Streitigkeiten der nach Artikel 481 des Handelsgesetzbuches zur Schiffsbesatzung gehörenden Personen.

3. Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern aus gemeinsamer Arbeit und aus unerlaubten Handlungen, soweit diese mit dem Arbeits- oder Lehrverhältnis in Zusammenhang stehen.

4. Streitigkeiten aus Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern über Arbeitsbedingungen, Gesundheitsschutz und Unfallschutz.

5. Streitigkeiten bezüglich Auslegung von Vereinbarungen zwischen Betriebsräten und Arbeitgebern.

Die örtlichen Arbeitsgerichte sind Gerichte ersten Rechtszuges, ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes.

Die Berufungsarbeitsgerichte entscheiden als Gerichte zweiten Rechtszuges über die Berufung gegen Entscheidungen der örtlichen Arbeitsgerichte.

Die Zonenbefehlshaber können in Ermangelung des deutschen Obersten Arbeitsgerichtes ein oder mehrere Gerichte höheren Rechtszuges als Gerichte letzten Rechtszuges in Arbeitsstreitigkeiten bestimmen.

Jedes Arbeitsgericht besteht aus einem Vorsitzenden oder stellvertretenden Vorsitzenden und aus Beisitzern. Die Beisitzer werden in gleicher Anzahl aus den Kreisen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer entnommen. Alle Mitglieder müssen anerkannt demokratische Anschauung haben.

Bei der Auswahl und Bestellung von Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden von Arbeitsgerichten ist folgendermaßen zu verfahren:

a) Der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende sollen besondere Befähigung in Arbeitsangelegenheiten haben und auf Grund ihrer früheren Tätigkeit in Arbeitnehmer- oder Arbeitgeberverbänden fähig sein, richterliche Aufgaben wahrzunehmen. Sie brauchen nicht Berufsrichter zu sein. Die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden müssen jedoch entsprechende juristische Befähigung haben.

b) Vertreter der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber schlagen den Provinz- oder Landesarbeitsbehörden, die Anwärter für das Amt des Vorsitzenden oder stellvertretenden Vorsitzenden vor. Diese Vertreter benennen jeder für sich eine Anzahl von Anwärtern, die der Zahl der zu besetzenden Stellen entspricht.

c) Die Provinz- oder Landesarbeitsbehörden stellen eine Anwärterliste für die Stellen des Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden aus der von den Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber eingereichten Vorschlagslisten zusammen. Die höchste Provinz- oder Landesbehörde nimmt dann die Berufung vor.

Die Amtsdauer des Vorsitzenden oder stellvertretenden Vorsitzenden eines Arbeitsgerichts beträgt drei Jahre. Eine Wiederbestellung ist zulässig.

Die Kosten für die Einrichtung und den Betrieb der Arbeitsgerichte sind von den Ländern oder Provinzen zu tragen und in ihre Haushaltspläne aufzunehmen.

Die Kosten eines einzelnen Rechtsstreites sind von den vom Arbeitsgericht namhaft zu machenden Parteien zu tragen.

Die örtliche Zuständigkeit der Arbeitsgerichte wird von den betreffenden Zonenbefehlshabern festgesetzt.

Die Vorschriften des deutschen Arbeitsgerichtsgesetzes vom 23. Dezember 1926, jedoch in seiner ursprünglichen Fassung, sind vorläufig weiter anzuwenden, soweit sie nicht im Widerspruch zu den Bestimmungen dieses Gesetzes stehen.

Deutsche Einheit als Ziel

Länderratstagung in Stuttgart

Stuttgart, 7. April. Eine Entschließung zur künftigen Gestaltung Deutschlands mit dem Ziel einer wirtschaftlichen und politischen Einheit wurde auf einer Konferenz der deutschen Vertreter der britischen Zone mit dem Länderrat der amerikanischen Besatzungszone am 3. April in Stuttgart angenommen.

Die Entschließung enthält folgende Punkte:

Unerläßlich ist die sofortige Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands.

Die wirtschaftliche Einheit ist auf die Dauer ohne die politische Einheit nicht möglich. Die Länder sind nur Bausteine dieser höheren Einheit.

Nur ein wirtschaftlich und politisch geeintes Deutschland kann seinen Beitrag zum Neuaufbau Europas und zur friedlichen Zusammenarbeit aller Völker leisten.

Das deutsche Volk ist gewillt, alle innerdeutschen Hemmnisse auszuschalten und seine ganze Kraft zur Verwirklichung dieses Zieles einzusetzen.

Es bedarf dazu nicht nur der sozialen und wirtschaftlichen Unterstützung durch die Vereinten Nationen. Die derzeitigen Verhältnisse auf deutschem Gebiet lassen die Lösung dieser Aufgabe ohne die politische Hilfe der Besatzungsmächte nicht zu.

Erforderlich ist vor allem ein aufeinander abgestimmter Aufbau der Länder und Zentralstellen, der allein das Werden der politischen Einheit des deutschen Volkes gewährleistet und damit die Verwirklichung seiner europäischen Aufgabe ermöglicht.

„Besatzung mindestens 10 Jahre"

Herford, 7. April. Feldmarschall Lord Montgomery wies in einer Rede vor freiwilligen Kriegsarbeitern der britischen Besatzungszone darauf hin, daß es in den nächsten zehn Jahren nicht möglich sein werde, die Besatzungstruppen aus Deutschland abzuziehen.

„Wir haben ein Zehnjahresprogramm", erklärte der britische Oberbefehlshaber, „in dessen Verlauf wir einige Fortschritte zu machen hoffen."

Obwohl die Winterschlacht in Deutschland mit dem Abwenden wirklicher Hungersnot und dem Vermeiden von Epidemien gewonnen sei, werde die wirkliche Probe im nächsten Winter kommen.

„Wenn man sich fragt, wie lange die Besatzung dauern wird", erklärte der Feldmarschall, „möchte ich sagen, solange, bis wir genau wissen, daß Deutschland seine Angelegenheiten selber meistern kann."

Einheitsparteitag in Berlin

Berlin, 7. April. Die Einberufung zum Einheitsparteitag der SPD. und KPD. Deutschlands veröffentlichten die Parteiblätter der Berliner SPD. und KPD. „Das Volk" und die „Deutsche Volkszeitung". Die Durchführung ist für den 21. und 22. April in der Berliner „Deutschen Staatsoper" vorgesehen.

Auf der Tagesordnung des ersten Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei — SEP — Deutschlands stehen u. a. die Wahl des Präsidiums, Reden der Parteiführer Otto Grotewohl — SPD. — und Wilhelm Pieck — KPD. — über die Einheitspartei und den Neuaufbau Deutschlands.

Teilnahme zum Heimgang des Kardinals

Der Prov.-Gouverneur Brigadier C.A.H. Chadwick hat den Herrn Oberpräsidenten gebeten, in seinem Namen und im Namen des Lieutenant General G.J. Thomas, Comander 1. Corps District, dem Domkapitel herzliche Teilnahme auszusprechen.

Oberpräsident Dr. Amelunxen hat gleich nach dem Tode des Kardinals dem Domkapitel mündlich seine herzliche Teilnahme ausgesprochen und dabei zum Ausdruck gebracht, daß der unerwartete Heimgang des Kardinals alle aufrechten Menschen in Westfalen in tiefe Trauer versetzt habe.

Änderung der Ausgehbeschränkung

Das Ausgehverbot in der britischen Zone wird vom 14. April ab anstatt wie bisher um 22,30 Uhr erst um 23,30 Uhr beginnen. Die amtliche Bekanntmachung über die Änderung der Ausgehzeit wird in Kürze veröffentlicht.

Schwarzhändler verurteilt

In Bückeburg wurde der 40jährige Friedrich Möller aus Egestorf zu sechs Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von 5000 RM. verurteilt.

In dem von ihm gefahrenen Wagen wurden bei einer Kontrolle 2000 Zigarren gefunden, die er zu einem ungewöhnlich hohen Preis ohne Abgabe von Abschnitten gekauft hatte. Wie er behauptete, wollte er die Hälfte seinem Schwager geben, der eine Wirtschaft besaß, und die andere Hälfte Leuten, mit denen er in Geschäftsverbindung stand, zum Geschenk machen.

Zu drei Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von 1000 RM. wurde Walter Kording aus Hespe verurteilt. Er hatte im Tauschhandel mit zwei litauischen Zwangsverschleppten Kaffee gegen 70 kg Mehl erworben. Die Litauer, die das Mehl zur Herstellung von Spirituosen gebrauchten, wurden hierfür und wegen eines Verstoßes gegen die Sperrstundenbestimmungen zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Für Frankreich-Bündnis

London, 7. April. Der britische Außenminister Bevin teilte dem Unterhaus mit, daß sich die britische Regierung gegenwärtig erneut mit der Frage eines britisch-französischen Bündnisvertrages befasse.

Auf die Anfrage, ob er zu dem Vorschlag des französischen Ministerpräsidenten Gouin über eine britisch-französische Allianz eine Erklärung abzugeben habe, verlas Bevin folgende schriftliche Antwort:

„Die britische Regierung ist seit langem der Ansicht, daß die Beziehungen zu Frankreich im geeigneten Augenblick durch Abschluß eines Freundschafts-Vertrages fest gegründet werden sollten. Dies würde weitere Sicherheit gegen jede Erneuerung eines deutschen Angriffs bedeuten."

Französische Pressestimmen

Paris, 7. April. Der Ruf nach einem Bündnis mit England hallte am Sonntag durch die französische Sozialisten-Presse.

„Die französisch-russische Allianz genügt nicht", schrieb das Organ der sozialistischen Partei „Populaire", „um Frankreichs Sicherheit gegenüber einem Wiederaufleben der deutschen Gefahr zu gewährleisten. Frankreich braucht ein Bündnis mit England, um den Verteidigungsring zu schließen."

Das kommunistische Blatt „Humanité" fordert von englischer Seite größeres Verständnis für die französischen Wünsche.

Spanienfrage vor UNO.

New York, 7. April. Die Spanien-Frage wird auf Grund eines Schrittes der polnischen Regierung bei der UNO., der den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Franco-Regierung und den Regierungen der Vereinten Nationen fordert, voraussichtlich die am Dienstag beginnende nächste Sitzung des Weltsicherheitsrates beschäftigen.

In der entsprechenden amtlichen polnischen Verlautbarung heißt es:

„Polen ist der Ansicht, daß die Vereinten Nationen die diplomatischen Beziehungen mit der Franco-Regierung abbrechen sollten, da das augenblickliche Regime in Spanien den internationalen Frieden gefährdet. Polen fühlt sich berechtigt, die spanische Frage vor die UNO. zu bringen."

Franco: „Meine Aufgabe beginnt erst"

Madrid, 7. April. 700 000 ehemalige Teilnehmer am spanischen Bürgerkrieg überreichten General Franco ihre Unterschriften als Zeichen der Anhänglichkeit. Vor der Abordnung erklärte Franco, seine Aufgabe in Spanien habe gerade jetzt erst begonnen.

„Wir müssen unser Werk durchführen und das Gesicht Spaniens vollkommen ändern," sagte Franco. „Wir müssen die materialistische Weltanschauung ausrotten, die wir vom Auslande eingeführt haben. Das Kreuz und die Bibel müssen über allen unseren Handlungen stehen."

Ruhr-Politik unverändert

Paris, 8. April. Die französische Haltung in der Ruhrfrage, gegenüber dem Saar-Gebiet und dem Rheinland ist unverändert, wie eine amtliche französische Mitteilung bekanntgab.

Meinungsverschiedenheiten, vor allem über die französische Ruhr-Politik, waren in den letzten Tagen zwischen den französischen Parteien entstanden. Ministerpräsident Gouin hatte in einer Rede das Schwergewicht der französischen Forderungen auf eine internationale Kontrolle des Ruhr-Gebietes gelegt. Gouin gehört der sozialistischen Partei an. Die Fortschrittlichen Katholiken, die Partei des Außenministers Bidault, und die Kommunisten hielten demgegenüber ihre ursprünglichen Forderungen aufrecht, das Ruhrgebiet vom Reich abzutrennen.

KURZNACHRICHTEN

Washington, 6. April. Jugoslawien hat an die Regierung der Vereinigten Staaten einen Protest gerichtet, in dem es sich gegen angebliche Unterdrückungstaktiken von Beamten der alliierten Militärregierung im Gebiet von Triest wendet. Eine ähnliche Protestnote soll an die englische Regierung gesandt worden sein.

Budapest, 7. April. Der Wunsch der Vereinigten Staaten auf Rückgabe der Erdölfelder in Südwest-Ungarn an die „Ungarisch-amerikanische Ölgesellschaft" sowie auf Zurückziehung des sowjetischen Personals wurde in einer Note der amerikanischen Militärmission in Budapest an den Befehlshaber der sowjetischen Streitkräfte in Ungarn Marschall Woroschilow zum Ausdruck gebracht.

Prag, 7. April. Die Mahnung, einen slawischen Block als ständiges Gegengewicht gegen Deutschland zu bilden, richtete der tschechische Staatspräsident Dr. Benesch in Prag an eine Abordnung des slawischen Ausschusses.

Prag, 7. April. Angeklagte im Nürnberger Prozeß werden nicht als Zeugen für Karl Hermann Frank nach Prag vor das Volksgericht geladen, wie am Mittwoch in Prag bekanntgegeben wurde.

Wien, 6. April. Der Chefarzt des Klagenfurter Isolierungs-Hospitals und der Nervenheilanstalt Dr. Franz Niedermoser wurde vom österreichischen Gerichtshof in Klagenfurt zum Tode verurteilt. Er war für schuldig befunden, über 700 Patienten durch Morphium- und Veronal-Injektionen in der Zeit vom September 1939 bis April 1945 getötet zu haben.

Triest, 6. April. Die internationale Grenzkommission, die die Grenze zwischen Italien und Jugoslawien festlegen soll, hat ihre Arbeit im Gebiet Venezia Giulia beendet.

Basel, 6. April. Auf einer internationalen Verkehrskonferenz in Basel wurde ein Abkommen über den Transitverkehr durch die englische, französische und amerikanische Besatzungszone Deutschlands geschlossen.

Den Haag, 6. April. Zum Präsidenten des Internationalen Schiedsgerichtshofes wurde José Gustavo Guerrero (El Salvador) gewählt. Der 70jährige Präsident ist ein international anerkannter Jurist, der viele Jahre Präsident des Internationalen Gerichtshofes war.

London, 7. April. Die britische Regierung hat die vorläufige Regierung Albaniens davon unterrichtet, daß sie sich infolge der Verschlechterung der Beziehungen Großbritanniens zu Albanien gezwungen sieht, ihren Bevollmächtigten in Albanien abzuberufen.

Paris, 7. April. Wegen Mordes in 24 Fällen wurde der französische Arzt Dr. Petiot zum Tod durch die Guillotine verurteilt. Die Geschworenen hatten ihn in 24 von 72 Fällen des vorsätzlichen Mordes für „schuldig ohne mildernde Umstände" befunden. Es wird erwartet, daß Petiot Berufung einlegt.

Paris, 7. April. Zwei Millionen sorgfältig ausgesuchter Emigranten aus Italien, Holland, der Schweiz und „bestimmten anderen Ländern" sollen in den nächsten zehn Jahren das französische Staatsbürgerrecht erhalten, wie der Unterstaatssekretär im französischen Gesundheitsministerium erklärte. Mit dieser Maßnahme will die Regierung dem stetigen Bevölkerungsrückgang in Frankreich Einhalt gebieten.

Metz, 7. April. Die Aufdeckung einer pronationalsozialistischen Organisation in Lothringen gelang dem französischen Abwehrdienst. An ihrer Spitze soll eine angeblich „sehr gefährliche" Frau aus Metz stehen.

Berlin, 7. April. 6000 Familienangehörige von Mitgliedern der amerikanischen Besatzungsarmee werden bis zum Jahresende in Berlin erwartet. Sie werden in Wannsee und Schlachtensee, den westlichen Vororten Berlins, untergebracht werden.

Flensburg, 7. April. Als neue Heimatzeitung wurde dem „Flensburger Tageblatt" die Lizenz erteilt.

Gelsenkirchen, 7. April. Ein schweres Unglück ereignete sich am Sonntagmittag auf dem Rhein-Herne-Kanal. Eine mit 80 Personen überladene Fähre kenterte etwa zwölf Meter vor dem Ufer. Bisher wurden 13 Männer, zwei Frauen und drei Kinder als Leichen geborgen.

Düsseldorf, 7. April. Mit dem Sitz in Düsseldorf ist die Wirtschaftsvereinigung „Ziehereien und Kaltwalzwerke" gebildet worden. Ihr Wirkungskreis erstreckt sich auf die Nordrheinprovinz, die Provinz Westfalen und die Länder Lippe und Schaumburg-Lippe.

Nordwestdeutscher Rundfunk

Nachrichten tägl. 6.45, 9.00 13.00, 19.00, 21.45 Uhr.

Mittwoch, 10. April: 6.30 Morgenmelodien, 6.45 Wettervorhersage, 7.25 Haus und Gesundheit, 8.32 Wasserstandsmeldungen, 12.00 Blick auf die Wirtschaft, 12.15 Landfunk, 12.30 Musik, 14.00 Englische Presseschau, 16.30: Suchdienst, 17.15 Lebendiges Erbe, 17.45 Das gute Buch, 18.00 Streiflichter der Zeit, 18.30 Lachende Musik, 22.00 Glossen und Satire, 23.00 Tanzmusik.

Donnerstag, 11. April: 6.30 Morgenmelodien, 6.45 Wettervorhersage, 7.25 Haus und Gesundheit, 8.30 Wasserstandsmeldungen, 12.00 Blick in die Welt, 12.15 Landfunk, 12.30 Musik, 16.30 Suchdienst, 17.00 Blick in die Kunstwelt, 17.45 Das gute Buch, 19.40 An Kreuzwegen deutscher Geschichte, 22.15 Kammermusik, 23.00 Lyrik, 23.10 Tanzmusik.

Freitag, 12. April: 6.30 Morgenmelodien, 6.45 Wettervorhersage, 7.25 Haus und Gesundheit, 8.30 Wasserstandsmeldungen, 12.00 Blick auf die Wirtschaft der Welt, 12.15 Landfunk, 12.30 Tanzmusik, 16.30 Suchdienst, 17.45 Das gute Buch, 18.00 Streiflichter der Zeit, 18.30 Gartenfunk, 18.40 Das europäische Volkslied, 20.15 Sinfoniekonzert, 23.10 Tanzmusik.

Druck: Verlag der Neuen Westfälischen Zeitung
Oelde 296 718, Bielefeld 230 282
Gesamtauflage: 527 000

„Soest baut auf"

Die durch die Kriegsereignisse sehr stark in Mitleidenschaft gezogene Stadt Soest plant vom 28. April bis 26. Mai dieses Jahres eine Ausstellung „Soest baut auf", in der die für den Wiederaufbau der alten Stadt sich ergebenden besonderen Verpflichtungen herausgestellt werden sollen. Die Schau will zeigen, wie ein schlichter, aber starker Geist die Stadt einst groß gemacht hat und welchen Niederschlag diese Gesinnung im Stadtbild fand. Die neuen, jetzt zu errichtenden Bauten müssen sich dem Erhaltenen anpassen. Die Schau wird vor allem Pläne zeigen, wie Straßenzüge, Wohn- und Geschäftshäuser aus dem alten Geist neu erstehen sollen. Die Architekten sind dafür zur Mitarbeit aufgerufen. Die Einsendung von Entwürfen muß bis 15. April 1946 an das Städt. Verkehrs- und Kulturpflegeamt Soest erfolgen.

„Die Todesmühlen"

Bis auf die Fahrbahn drängten sich die Menschen vor dem Kino in Hamburg, das, zum erstenmal für die Zone, den Konzentrationslagerfilm „Die Todesmühlen" zeigte. Das Publikum (zumeist Halbwüchsige), das während der Wochenschau eine unernste Haltung zeigte und z. B. über ein Bild lachte, in dem der Papst Kindern den Segen erteilt, nahm die Bilder aus den Konzentrationslagern schweigend und betreten auf.

Der amerikanische Bildstreifen wurde nach dem Einzug der alliierten Truppen in den Lagern Buchenwald, Dachau, Belsen und Auschwitz aufgenommen. Die Mühlen, in denen die Knochen der Opfer zu Düngemitteln für die Landwirtschaft verarbeitet wurden, gaben dem Film seinen Titel.

„Wo warst du, als diese Dinge geschahen?" fragt der Bildstreifen am Schluß. „Hast auch du zu dem allen Heil gerufen?"

„Super"-Penicillin

Die Herstellung eines neuen „Super"-Penicillin ist zwei Wissenschaftlern des USA.-Landwirtschaftsdepartements gelungen. Sie berichteten darüber, sie hätten eine Kultur besonders vielversprechender Schimmelpilze ultravioletter Bestrahlung ausgesetzt und dann daraus einen einzelnen neuen Zuchtstamm isoliert. Dieser neue Stamm habe eine verhältnismäßig hohe Ausbeute von Penicillin ergeben. Die Hälfte davon in der erwünschten „X"-Form. Eine ärztliche Nachprüfung hat festgestellt, daß das neue Penicillin „X" zwei oder dreimal so wirkungsvoll ist wie das handelsübliche Penicillin, besonders in schweren Fällen, in denen das jetzige Heilmittel versagte.

Wahrzeichen Braunschweigs zurückgekehrt

Das Wahrzeichen Braunschweigs, der berühmte Bronze-Löwe, wurde jetzt unter großer Anteilnahme der Bevölkerung feierlich wieder auf dem Burgplatz aufgestellt, wo er fast 800 Jahre lang gestanden hat. — Während des letzten Krieges war das Standbild aus Sicherheitsgründen in das alte Silberbergwerk am Rammelsberg bei Goslar am Harz gebracht worden.

Man hatte immer angenommen, daß der Braunschweiger Löwe in Hildesheim gegossen war, wo im 12. Jahrhundert eine bedeutende Schule von Bronzegießern bestand. Jetzt konnte anhand von einigen Steinen, die im Innern des Denkmals gefunden wurden, wissenschaftlich nachgewiesen werden, daß der Löwe in Braunschweig selbst hergestellt worden ist.

Um die Berliner Kammer der Kunstschaffenden

Die Auflösung der Kammer der Kunstschaffenden in Berlin ist weiter verschoben worden. Die Verträge wurden zunächst bis zum 30. April verlängert. Auch der Geschäftsführer der Kammer, Herbert Maisch, bleibt im Amt, obwohl der Berliner Magistrat seine fristlose Entlassung wegen Verbreitung nazistischen Kulturgutes während der Hitlerzeit angeordnet hatte. Wie es heißt, hat sich Paul Wegener als Präsident der Kammer geweigert, Maisch zu entlassen. Da auch der Präsidialrat Wegener unterstützte, hat der Berliner Magistrat seine Forderung zurückgezogen.

Der „Lügen-Entdecker"

Ein Apparat, der Lügen entdeckt und Herrn Maier oder Frau Schulz sozusagen beim Lügen ertappt . . ., das klingt stark nach Jules Verne oder Sherlock Holmes. Das dürfte wohl das Phantasiegebilde eines Kriminalschriftstellers sein?

Keineswegs. Der „Lügen-Entdecker" oder Pathometer, wie die wissenschaftliche Bezeichnung des Instruments lautet, ist schon in mehreren Gerichtsprozessen von amerikanischen Richtern als beweiskräftig erklärt worden, und die Mörder, die auf Grund der Feststellungen dieses sinnreich konstruierten Apparates überführt und zum Tode verurteilt werden, haben allen Grund, ihn ernst zu nehmen.

Wie arbeitet der Pathometer?

Die Konstruktion des Pathometers beruht auf der prinzipiellen Erkenntnis, daß das Aussprechen einer Lüge eine seelische Konfliktssituation und damit eine emotionale Störung im Lügner hervorruft. Diese Störung kann nach außen hin auf mannigfache Weise zutage treten, durch Erröten, Zittern, Schwitzen usw. Gewiß, ein kluger oder gewohnheitsmäßiger Lügner vermag solche Reaktionen mit ein wenig Übung leicht zu verbergen aber dafür können gewisse andere Reaktionen, wie kleine Unregelmäßigkeiten im Atmen, verstärkte Gegenwirkung seines Herzens und fast unwahrnehmliche Veränderungen in der elektrischen Struktur seines Körpers von ihm nicht unterdrückt oder verheimlicht werden.

Auf der Grundlage der modernen Elektrodentheorie und mit Hilfe der modernen Elektrizitätstechnik kann der Pathometer die Unterschiede im Widerstand zwischen zwei Punkten auf der Haut des Prüflings festhalten, während dieser ihm vorgelegte Fragen beantwortet. Eine mit einem einfachen Riemen oder Verband befestigte Silberelektrode wird dabei in die zwei Handflächen des „Kandidaten" gelegt und dann ein elektrischer Strom eingeschaltet. Der „Kandidat" wird in einen bequemen Armsessel gesetzt, und nach dem Einschalten des Stroms beginnt der Operateur, ihm mit leiser, monotoner Stimme Fragen vorzulegen, wobei er jede Betonung wichtiger oder kritischer Ausdrücke vermeidet.

Art und Reihenfolge der Fragen

Diese Fragen sind sorgfältig vorbereitet, stehen in Beziehung zu dem zu untersuchenden Fall und werden so gehalten, daß sie nur durch ein einfaches Ja oder Nein beantwortet werden können. Das Examen findet an verschiedenen Tagen statt, und jedesmal werden dabei verschiedenartige Fragen vorgelegt. Die Zuverlässigkeit des Pathometers, der mit den Elektroden verbunden ist, hängt zum großen Teil von der Art und Reihenfolge der Fragen ab. Fragen, die mit dem Verbrechen oder einem anderen Tatsachenbestand, der aufgeklärt werden soll, in Verbindung stehen, werden häufig wiederholt, aber in verschiedener Fassung. Und zwischendurch werden absichtlich Fragen eingestreut, die nichts mit dem Fall zu tun haben.

Aus den Antworten auf wenige Fragen läßt sich kein Schluß auf Wahrheit oder Lüge, Schuld oder Schuldlosigkeit ziehen. Es bedarf vielmehr zahlreicher Fragen, um hinreichenden Aufschluß über die allgemeine Richtung der Reaktion zu erhalten. Im Falle einer mordverdächtigen Person kann die Frage: „Haben Sie ihn getötet?" selbst bei einem Umschuldigen zunächst eine sehr starke Reaktion auslösen. Bei jeder Wiederholung dieser Frage wird dagegen die Reaktion schwächer werden und schließlich ganz normal sein.

Geisteskranke sind immun

Der „Lügen-Entdecker" kann nur beweisen, ob ein Mann glaubt, was er sagt. Es ist fast ganz unmöglich, einen bestimmten Glauben zu simulieren und damit dem „Lügen-Entdecker" ein Schnippchen zu schlagen. Dies ist von Bedeutung bei Versicherungsansprüchen, bei denen früher manche Leute Verletzungen oder sogar Lähmungen erfolgreich vortäuschten, und selbst die besten Ärzte an der Nase herumführten. Solche Simulanten können dem neuen Instrument nicht entrinnen.

Der Pathometer ist schon in über 300 amerikanischen Kriminalfällen herangezogen worden. Bisher wurde keine Diagnose von Schuld oder Schuldlosigkeit, die dieses Instrument gestellt hatte, durch später verfügbare Evidenz widerlegt. Seit 1938 haben amerikanische Gerichte in einer Reihe von Fällen die Ergebnisse des Pathometers, als rechtskräftiges Beweismaterial zugelassen.

Jedenfalls eröffnet dieser Apparat ganz neue Zukunftsperspektiven. „Lügen haben kurze Beine", dies oft zu Unrecht zitierte Sprichwort wird jetzt vielleicht wissenschaftliche Geltung erhalten. Die Heiratsschwindler und Urkundenfälscher, die Aufschneider und Übertreiber, die Bauernfänger und die gut versicherten Brandstifter, kurz das Riesenheer der gefährlichen oder harmlosen Lügner, sie alle werden am Ende verdammt sein, die Wahrheit zu sagen, weil ihnen das Leugnen und Lügen nichts mehr nützt.

Sollte es dieser amerikanischen Erfindung am Ende gelingen, uns alle besser zu machen?



Frauenkopf, Zeichnung von Alfred Kitzig.

35 Volkshochschulen in der britischen Zone

Erziehung ist „Arbeit am deutschen Menschen"

Auf die Vordringlichkeit der Volkshochschularbeit wies Staatsminister a. D. Grimme auf der ersten Arbeitstagung von namhaften Vertretern des Volkshochschulgedankens hin, die in diesen Tagen in der pädagogischen Hochschule in Hannover aus der gesamten britischen Besatzungszone einschließlich des britischen Sektors von Berlin, zusammengekommen waren. Staatsminister a. D. Grimme bezeichnete die Volkshochschulerziehung als eine Arbeit am deutschen Menschen, der ebenso ein guter Deutscher wie ein guter Europäer sein müsse, wenn Deutschland noch eine Zukunft haben solle.

„Mag Deutschland auch heute noch in Zonen gevierteilt sein", so führte der Staatsminister weiter aus, „die deutsche Kultur ist, wo immer sie erwächst, vom gleichen Grundgefühl getragen. Es gibt keine Zonensonderkultur". Ideen würden ohne „Permit" über jede grüne Grenze wandern. Alle in Deutschland geleistete kulturelle Arbeit sei Mitarbeit an ein und demselben Werk.

Als eine der entscheidenden deutschen Aufgaben wurde die Volkshochschulbildung von Dr. Anstensen bezeichnet, der als Vertreter der Abteilung für Erziehung in der Militärregierung sprach. Er teilte mit, daß es trotz Unterernährung und Heizmaterialmangel im vergangenen Winter gelungen sei, in der britischen Zone 35 Volkshochschulen zu eröffnen, davon allein sieben in der britischen Zone Berlins.

Das Volksbildungswesen ist im Laufe des letzten Winters in allen deutschen Besatzungszonen mächtig emporgeblüht. Die Ursache hierfür ist der Bildungshunger vor allem der Jugendlichen, deren Allgemeinbildung im Laufe des Krieges schwer gelitten hat. Vielfältige Möglichkeiten der Teilnahme an Kursen und Seminaren außerhalb der beruflichen Tätigkeit wollen die Möglichkeit eröffnen, die Bildungslücken zu schließen, aber auch der politischen Umschulung zu dienen.

Die Einrichtung der Volkshochschulen in der russischen Besatzungszone geht auf einen besonderen Befehl des Marschalls Schukow zurück. Er betraute die deutsche Verwaltung für Volksbildung in der russischen Zone mit der Gesamtleitung der Lehrtätigkeit der Volkshochschulen, der Ausarbeitung der Lehrpläne und der Versorgung der Hörer mit Büchern u. ä. Die äußere Organisation, nämlich die Beschaffung von Lehrpersonal, Räumlichkeiten, Unterhaltsmitteln usw. wurde in die Hände der Präsidenten von Provinzen und Ländern der Zone gelegt.

In allen deutschen Zonen ist der Andrang der Bildungshungrigen zu den Volkshochschulkursen außerordentlich stark. Besonderen Zuspruchs erfreuen sich die fremdsprachlichen Lehrgänge und praktischen Fächer, diese vor allem im Zusammenhang mit der beruflichen Ausbildung. Die niedrigen Gebühren ermöglichen jedem Jugendlichen die Teilnahme.

Kurze Kulturchronik

Ueber zehn Millionen Filmbesucher wurden seit der Wiedereröffnung der Lichtspielhäuser in Bayern gezählt. 175 Filmtheater sind bisher wieder in Betrieb genommen worden. 30 amerikanische und acht deutsche Filme stehen zur Verfügung.

Der Schauspieler Werner Hartnick wurde von dem Militärgericht Frankfurt zu einer Geldstrafe von 3000 Mark und einem Auftrittsverbot von einem Jahr verurteilt, weil er versucht hatte, eine Theateraufführung ohne Lizenz der Militärregierung zu veranstalten und weil er die Lizenznummer einer anderen Person ohne deren Wissen auf den Veröffentlichungsplakaten benutzt hatte.

60 von der Gewerkschaft ausgesuchte Arbeiter werden ab April neben anderen Studenten an der „Staatlichen Hochschule für Baukunst", die in Weimar unter der Leitung von Prof. Henselmann errichtet wurde, ihr Studium aufnehmen. Als Studenten werden grundsätzlich nur Handwerksgesellen immatrikuliert, die entweder über eine abgeschlossene Baugewerkfachschulausbildung verfügen oder in anderen Prüfungen ihre Befähigung nachgewiesen haben. Dazu kommen Abiturienten mit mindestens einer halbjährigen Handwerkspraxis.

Der erste Lehrstuhl für marxistische Wissenschaft in der deutschen Universitätsgeschichte wurde jetzt an der Leipziger Universität errichtet. Dr. Behrens aus Zwickau erhielt diese Professur für „politische Oekonomie".

In der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands sind gegenwärtig 108 Zeitungen und Zeitschriften zugelassen. 51 Tageszeitungen erscheinen sechsmal in der Woche. Sechs Zeitschriften erscheinen zweimal im Monat und sieben einmal.

Das Institut für Zeitungswissenschaften in Berlin, dessen Fortbestand in der letzten Zeit gefährdet erschien, soll nunmehr endgültig bestehen bleiben. Die Betreuung des Institutes, das der Universität Berlin angeschlossen ist, übernimmt die Zentralverwaltung für das Erziehungswesen. Ein Kuratorium, das aus Mitgliedern des Verbandes der Deutschen Presse besteht, wird der Leitung des Institutes zur Seite stehen.

Der Dekan der Philosophischen Fakultät der Berliner Universität, Prof. Dr. Ludwig Deubner, ist im Alter von 69 Jahren verstorben.

Der frühere Staatssekretär in der Brüning-Regierung Dr. Lammers wurde in Düsseldorf zum Leiter der Kulturabteilung beim Oberpräsidenten der Nordrheinprovinz ernannt. Dr. Lammers wurde 1933 wegen staatspolitischer und weltanschaulicher Gegensätze zur damaligen Regierung aus dem Dienst entlassen. Er war früher Mitglied der Zentrumspartei.

Bis zum 20. April findet im Karl-Ernst-Osthaus-Museum, Hagen, Wehringhauser Straße 38, eine Ausstellung statt, die dem Gedenken an den Hagener Ehrenbürger Christian Rohlfs gewidmet ist.

Der Maler Paul Kottenkamp übernahm den Vorsitz der in Bielefeld neugegründeten Vereinigung der bildenden Künstler, die auch Kunsthandwerker und Architekten umfaßt.

Die katholische Jugendbewegung Quick-Born ist wieder ins Leben gerufen worden. Zur Gründung hatten sich die früheren Vertreter des Quick-Born und des Jungborn in der Jugendherberge Hohenlimburg getroffen. Der Jungborn verzichtete auf eine eigene Bewegung und hat sich dem Quick-Born angeschlossen. Die Geschäftsführung für die britische Zone ist in Iserlohn.

Briefe an die NWZ

Noch einmal: Überfüllung der Universitäten

Mit der nachstehenden (auszugsweise wiedergegebenen) Zuschrift schließen wir die Diskussion über das Thema „Überfüllung der Universitäten" ab, da es uns wegen der beschränkten Raumverhältnisse nicht möglich ist, weitere Briefe aus der Überfülle der Zuschriften zu diesem Thema zu veröffentlichen.

Nachdem die NWZ. am 22. März einen Brief von Dr. Reinhard zu diesem Thema brachte, druckte sie am 29. den Brief eines Studenten aus Münster ab. Als Student muß ich zu den Ausführungen von Herrn Schmidt Stellung nehmen. So sehr ich den Ausführungen von Herrn Dr. Reinhard zustimme, so anfechtbar scheinen mir die von Herrn Schmidt zu sein. Abgesehen von den Betrachtungen über die soziale Lage der Studenten, die wohl jeder wird unterstreichen können, ist zunächst zu beanstanden, daß Herr Schmidt von einem akademischen Proletariat spricht. Zu Beginn der Ausführungen von Herrn Dr. Reinhard steht mit Recht, daß Schlagworte wie Keulen sind. Auch der Ausdruck „akademisches Proletariat" ist solch ein Schlagwort. Es ist bedauerlich, daß Herr Schmidt zu einem Schlagwort greift, um Herrn Dr. Reinhard zu widerlegen. Ich meine damit: meine akademische Bildung und Erziehung wird mir immer, wo ich auch bin und in welchem Beruf ich tätig bin, von Nutzen sein. Wo steht es geschrieben, daß Bildung schädlich sei? Wo steht es, daß ich meinem Volke mehr diene, wenn ich nicht studiere, als dann, wenn ich studiere? Nütze ich nicht meinem Volke, wenn ich studiere und trotzdem einen anderen Beruf ergreifen muß, weil sich zur Zeit für meinen akademischen Beruf keine passende Anwendungsmöglichkeit findet? Ist es nicht ein Nutzen wenn ich dazu beitrage, daß alle Berufe sich gegenseitig achten, indem ich studiere und trotzdem nicht vor schwerer Arbeit zurückschrecke oder mich ihrer gar schäme? Jeder Beruf soll vor dem anderen Achtung haben und keiner soll auf den anderen herabblicken. Dieses Ziel erreicht man eher durch Hebung der allgemeinen Bildung und Erziehung als durch Herabdrücken derselben. Wir wollen unserem Vaterland helfen, nicht uns allein zum Wohle leben.

Auf das Abiturzeugnis als Grundlage für ein Berechtigungswesen im Sinne des Leistungsprinzips brauche ich wohl nicht näher einzugehen. Das ist kein Maßstab für oder gegen die geistigen Qualitäten eines eben aus der Schule Entlassenen, es kann nur die Richtung seiner Interessen angeben. Außerdem ist das Berechtigungswesen wohl weniger darum eingeführt, weil man nur die tüchtigsten zum Studium zulassen wollte, sondern weil die Schwierigkeiten in der Unterbringung und Ernährung dazu zwingen.

Im übrigen ist vor einer Übersozialisierung ebenso zu warnen wie vor dem tatenlosen Zusehen, vor dauernd sich wiederholenden Fleißprüfungen ebenso wie vor überhaupt keinen. Den Mittelweg gilt es zu finden, ohne uns später den Vorwurf machen zu müssen, es sei ein schlechter Kompromiß gewesen. Wir müssen Deutschland erneuern und dürfen dabei nicht mit einer höchst anfechtbaren Methode beginnen. Aus all diesen Gründen stimme ich auch Herrn Dr. Reinhards Ausführungen mehr zu als denen von Herrn Schmidt.

Bernhard Sanders, Recklinghausen.

Mückenbekämpfung — ja, aber keine Brandstiftung!

Die Bekämpfung der Insektenplage wurde in einem Artikel der NWZ. vom 19. März 1946 der Bevölkerung dringend empfohlen. Nach dem vergangenen milden Winter und bei dem Vorhandensein so vieler Schlupfwinkel in Trümmerstätten, nicht abgefahrenen Bergen von Hausmüll usw ist für den kommenden Sommer mit einer noch größeren Insektenplage zu rechnen als im Vorjahr. Die Aufforderung an die Bevölkerung, durch Selbsthilfe möglichst tatkräftig diese Plage schon jetzt zu bekämpfen, ist durchaus zu begrüßen.

Dabei darf aber eine große Gefahr nicht vergessen werden: Durch das Abbrennen, das in dem Artikel empfohlen wurde, sind schon viele Brände entstanden! Es hat doch keinen Wert, durch derartig gefährlichen Umgang mit offenem Feuer die wenigen uns noch verbliebenen Werte zu gefährden und unter Umständen in Flammen aufgehen zu sehen, damit die Insekten vernichtet werden.

Insektenbekämpfung muß sein. Sie ist unmittelbarer Dienst an der allgemeinen Gesundheit, aber Abbrennen grenzt an fahrlässige Brandstiftung und Vernichtung von Volksvermögen. Der Fachhandel bietet genügend Insektenvertilgungsmittel von erprobter Wirkung an, und die Kammerjäger stehen mit Rat und Tat zur Verfügung. Betreibt Schädlingsbekämpfung mit allen Mitteln, aber ohne Brandstiftung!

Der Verfasser des vorstehenden Briefes befaßt sich in einer weiteren Zuschrift mit der Unsitte des „Flämmens", d. h. dem Abbrennen von Abhängen usw.:

Mit Beginn der trockenen Jahreszeit tritt auch die Unsitte des „Flämmens" wieder stärker in Erscheinung. In den meisten Fällen sind es halbwüchsige Burschen, die an Abhängen in gefährlicher Nähe von Waldungen zusammengetragenes dürres Holz abbrennen oder trockenes Gras, trockene Pflanzen und Pflanzenreste flächenweise absengen, ohne dabei auch nur irgendwelche Vorsichtsmaßnahmen zu beachten, die ein Übergreifen des Feuers auf Waldbestände verhindern. Große Werte werden alljährlich auf diese Weise vernichtet. Außerdem werden die bei Waldbränden zum Löschen herangezogenen Einsatzkräfte durch die noch hie und da zerstreut umherliegende Munition aus der Zeit des Krieges, die durch das Feuer zur Entzündung gebracht wird, auf das äußerste gefährdet. Wir richten daher die Warnung an alle: Laßt ab von der Unsitte des „Flämmens" und schützt den deutschen Wald. Brandrat Linnepe, Arnsberg.

Eine Schachtel Streichhölzer: 10 RM.

In Dortmund, wo ich einiges Gepäck abholte, konnte ich zufällig auf meine Raucherkarte einige Zigarren bekommen. Aber, o Pech, ich wollte rauchen und hatte kein Feuer. Ein feingekleideter Herr, der draußen stand, reichte mir seine Zigarre und flüsterte mir zu: „Sie können Streichhölzer von mir kaufen. Billig, die Schachtel zehn Mark". „Nein", sagte ich, „zu teuer, dann rauche ich lieber nicht." Ich sollte also für ein Streichholz 20 Pfennig zahlen, wo ich doch dann und wann hier im Geschäft für eine Schachtel nur 30 Pfg. zahle. Ich begreife nicht, wo der Herr die 25 oder 30 Schachteln her hatte. Selbst hatte er sie nicht gemacht, denn es waren „Deutsche Welthölzer". Wer begünstigt hier den Schwarzhandel, der Fabrikant oder wer? Irgendwo müssen doch die Streichhölzer herkommen. Manche Familien haben nicht ein Hölzchen, um Feuer zu machen, aber die Schwarzhändler haben die Taschen voll und verlangen dafür Wucherpreise. Deshalb sollte ein jeder Mensch behilflich sein, daß die Polizei diese Konsorten, die mit Faulenzen ihr Geld verdienen, erwischen kann.

Fritz Langhals, Oeventrop.

Schippaktion und Rationenkürzung

In regelmäßiger Folge werden die Angehörigen der verschiedensten Berufe mit anstrengendster Hand- und Kopfarbeit immer wieder zur „Schippaktion" herangezogen, statt ihnen nach einer arbeitsreichen Woche und bei einer kaum noch zu überbietenden Beschneidung der Verpflegungsrationen, deren Ende noch nicht abzusehen ist, an arbeitsfreien Tagen die unbedingt notwendige Ruhe zu gönnen. Warum hat das Arbeitsamt nicht schon vor langen Monaten, wie es in anderen Großstädten geschehen ist, ausschließlich für diese Aufräumungsarbeiten die erforderlichen Kräfte eingesetzt? Jedenfalls ist es für die durch ihren Beruf voll in Anspruch genommenen Arbeitskräfte auf die Dauer unmöglich, bei der heutigen völlig unzureichenden Verpflegungslage noch darüber hinaus mit hungrigem Magen Sonderarbeiten zu übernehmen.

Theo Klein, Münster i. W.

Wildgemüse

Frisches Gemüse ist in jetziger Frühjahrszeit kaum zu kaufen. Finden kann man es massenhaft, auch in und bei zerstörten Städten, und zwar in Gestalt von Brennesseln, Löwenzahn u. dgl. Man bereitet es zu wie Spinat oder Kohl, Löwenzahn auch wie Endiviensalat. Das Suchen kostet nicht mehr Zeit als sonst das Anstehen vor den Läden und bringt außer gesundheitlichem Gewinn die Möglichkeit, mit nebenher gefundenen Blümchen zu erfreuen. Wenn Gemeinschaftsküchen-Teilnehmer ebenfalls sammeln, wird der Nutzen für die Allgemeinheit noch größer.

F. Leupold, Soest.

(Die in der NWZ. veröffentlichten Briefe geben der Leserschaft die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung, ohne daß die Schriftleitung sich mit Inhalt und Form der veröffentlichten Briefe identifiziert.)

Nahrungsmittelablieferung im Regierungsbezirk Münster

Im allgemeinen liegt die Nahrungsmittelablieferung bis einschließlich Februar 1946 noch weit unter den festgesetzten Quoten. Obwohl einige Kreise verschiedene Nahrungsmittel über das Soll hinaus abgeliefert haben, konnte in anderen Kreisen aus besonderen Gründen dieses Soll nicht erreicht werden.

Brotgetreide ist nur in geringem Umfange abgeliefert worden, ausgenommen im Kreise Coesfeld, wo die zugrundegelegte Quote weit übertroffen wurde. Der Mangel an Dreschvorrichtungen mag für einen gewissen Prozentsatz der verminderten Abgabe verantwortlich sein, aber insbesondere die Kreise Tecklenburg, Recklinghausen und Steinfurt müssen große Anstrengungen machen, um ihre Quoten zu erreichen.

Bezüglich der Kartoffeln zeigen die Kreise Münster, Ahaus, Beckum und Coesfeld bemerkenswerte Überschüsse. Der Kreis Steinfurt müßte bessere Erfolge zeigen, und der Kreis Tecklenburg ist mit den Ablieferungen noch sehr zurück.

Auch in der Ablieferung von Gerste und Futtermitteln steht der Kreis Coesfeld an führender Stelle, während die Ergebnisse der Ablieferung der Kreise Münster und Tecklenburg nicht zufriedenstellend sind. Die Ablieferungen von Fleisch erreichen im allgemeinen die geforderte Höhe; es ist jedoch nicht möglich, schon jetzt genaue Vergleiche zu ziehen, da die Ablieferungsperiode erst am 30. September beendet sein wird.

Die Leistungen des Kreises Coesfeld sind unbedingt anzuerkennen, dagegen muß besonders der Kreis Tecklenburg gewaltige Anstrengungen machen, um das Versäumte nachzuholen.

Höchstgewicht für Mastschweine

Im Hinblick auf die angespannte Versorgungslage dürfen wertvolle Nahrungs- bzw. Futtermittel wie Kartoffeln, Gerste und dergl., die dem unmittelbaren Verbrauch zur menschlichen Ernährung zugeführt werden können, nicht mehr oder nur in beschränktem Umfang für Veredlungszwecke freigestellt werden. Im Interesse der Einsparung solcher Nahrungs- bzw. Futtermittel hat die britische Militärregierung eine ausgesprochene Fettmast von Schweinen mit sofortiger Wirkung untersagt und das zulässige Höchstlebendgewicht für Schlachttiere auf 90 Kilo festgelegt. Zuchttiere, die nicht mehr für Vermehrungszwecke gehalten werden sollen, dürfen ebenfalls nach der Ausmerzung nicht mehr ausgemästet werden, sondern sind zur Schlachtung anzudienen. Verstöße gegen diese Anordnung werden nach den geltenden Bestimmungen bestraft.

Pünktliche Eierablieferung

Die ablieferungspflichtigen Hühnerhalter haben inzwischen die Ablieferungsbescheide erhalten. Bei der Kartenverteilung zur 88. Zuteilungsperiode müssen die Ablieferungsbescheide vorgelegt werden, damit die Lieferleistung überprüft wird. Bis zu diesem Zeitpunkt müssen rund 40 Prozent des jeweils festgesetzten Solls erfüllt sein, das sind rund 30 Eier je Henne. Es gilt, mit dieser Ablieferung nicht in Rückstand zu kommen, denn der Säumige muß gewärtig sein, daß er von der 88. Zuteilungsperiode an bei Nichterfüllung der Ablieferungspflicht keine Zukerzuteilung erhält. In krassen Fällen ist sogar der Entzug der Lebensmittelkarte vorgesehen.

Die gesunkenen Erträge

Die Getreideernte 1945 unterschritt die Ergebnisse der vorigen Jahre erheblich. Gegenüber 1943 blieb die Anbaufläche (britische Zone) um 8 Prozent zurück, der Ertrag sank von 4 359 000 Tonnen auf 2 783 000 Tonnen, also um 36 Prozent.

Infolge der ungünstigen Witterungsverhältnisse und des mit den Jahren immer schwerer ins Gewicht fallenden Mangels an Handelsdünger und Betriebsmitteln ließen sich die Hektarerträge nicht halten. Ähnlich ist die Lage bei den Hackfrüchten. An Kartoffeln wurden im vergangenen Jahre in der britischen Zone 5 860 000 Tonnen gegenüber 7 145 000 Tonnen im Jahre 1943 geerntet; der Ertrag an Zuckerrüben sank von 3 607 000 Tonnen auf 2 031 000 Tonnen, bei Futterrüben und Kohlrüben finden wir Rückgänge von 10 217 000 Tonnen auf 7 512 000 Tonnen bzw. 2 255 000 Tonnen auf 1 771 000 Tonnen.

Diesem Absinken der Erträge steht eine ständig wachsende Bevölkerungsziffer gegenüber. Für die britische Zone kann man für November 1945 gegenüber Februar 1943 einen Zugang von etwa 2,1 Millionen Menschen annehmen; dazu werden vielleicht die jetzt erwarteten 1,5 Millionen Ostflüchtlinge kommen. Größere, frei verfügbare Reserven an Nahrungsmitteln sind nicht mehr vorhanden, und die Möglichkeit einer Einfuhr ausreichender Mengen etwa von Brotgetreide oder Mehl kann angesichts des fast überall in der Welt herrschenden Mangels an Nahrungsmitteln und der schwierigen Transportverhältnisse nicht als fester Posten in unsere Berechnungen eingesetzt werden.

Eine endgültige Besserung der Lage können wir erst von der neuen Ernte erhoffen. Bis sie eingebracht ist, werden wir uns durchlavieren müssen, so gut es eben geht. Die Schäden der Vergangenheit lasten zu schwer auf uns. Der Frühjahrsbestellung und ihrem ebenso umfangreichen wie schwierigen Programm müssen wir uns mit aller Kraft zuwenden. Für die britische Zone ist eine Ausdehnung des Kartoffelanbaues um etwa 300 000 Hektar (ca. 80 Prozent mehr als 1945) geplant, bei Brotgetreide und Zuckerrüben wird ebenfalls eine erhebliche Vergrößerung der Fläche angestrebt. Diese Verschiebung kann nur auf Kosten des Grünlandes vor sich gehen. Sie wird einen erheblichen Mehraufwand an Arbeit erforderlich machen, aber Menschen und Gespannkräfte sind genügend vorhanden.

Wie weit von der Dünge- und Betriebsmittelseite her eine Entlastung erfolgen kann, läßt sich noch nicht bis ins letzte übersehen, aber auch hier sind Fortschritte unverkennbar. Daß die Saatgutbeschaffung hier und da noch problematisch ist, ist den maßgebenden Stellen bekannt, und sie werden alles tun, um Abhilfe zu schaffen. Die Aufrechterhaltung der Viehzucht wird natürlich viel Können und Wendigkeit erfordern, denn eine Umstellung der Futtermittelgrundlage wird unvermeidbar sein.

Zweimalige Ernte durch Zwischenkulturen

Eine restlose Ausnutzung des Gartenbodens läßt sich dadurch erzielen, daß man nicht nur die Beete, die im Sommer frühzeitig abgeerntet werden, für den Herbst nochmal (z. B. mit Grünkohl oder Endiviensalat) bepflanzt, sondern auch die Beete, die im Frühjahr erst spät bepflanzt werden, vorher schon nutzbar macht.

Da die Buschbohnen erst ab Anfang Mai gelegt werden — in Folgeaussaaten bis Anfang Juli — lassen sich die Bohnenbeete gleich bei den ersten Frühjahrsaussaaten mit verwenden, und zwar für Radieschen, Schnitt- und Pflücksalat, Spinat oder erste Karotten zwischen den in Abständen von 30 cm für die Bohnen vorgesehenen Reihen. Auch Spätkohlpflanzen können hier herangezogen werden, die Ende Mai verpflanzt werden, gerade dann, wenn die zuerst gelegten Bohnen gehäufelt werden müssen.

Weitere Möglichkeiten

Ebenso können die für Gurken vorgesehenen Beete schon im zeitigen Frühjahr für andere Gemüsearten ausgenutzt werden, indem man frühen Kohlrabi oder Salat zu beiden Seiten der Gurkenbeete pflanzt. Diese Pflanzen eignen sich auch für die bis Mitte Mai freiliegenden Tomaten- und Selleriebeete. Hier pflanzt man den Kohlrabi oder Salat 50 mal 50 cm im Verband und dann später immer eine Sellerieplanze dazwischen. Die auf 70 und 80 im Verband stehenden Tomaten lassen außer Zwischenpflanzung in den Reihen auch noch eine Reihe Frühkohl, Salat, Frührettich oder Radieschen zwischen zwei Tomatenreihen zu.

Abgesehen davon, daß durch die Zwischenkulturen eine zweimalige Ernte auf derselben Fläche erzielt wird, liegt der weitere große Vorteil darin, daß das Land bald gehackt und beschattet wird, was zu höheren Erträgen führt.

Keimprobe des Samens

Damit man womöglich nicht umsonst auf das Aufgehen des Samens wartet, weil er nicht keimfähig ist, was bei den im vorigen Jahr verregneten Sämereien leicht der Fall sein kann, muß man rechtzeitig vor der Aussaat eine Keimprobe machen.

Ein schnelles und einfaches Verfahren zur Feststellung der Keimfähigkeit besteht darin, daß man zwei nasse Wollappen in Größe einer Untertasse nimmt, auf den einen Lappen die Samenkörner legt und sie mit dem andern Lappen zudeckt. Man gießt täglich soviel Wasser nach, daß beide Lappen in der Untertasse feucht bleiben. Die Untertasse stellt man möglichst in die Nähe des warmen Ofens, damit die Keimung schnell in Gang kommt. Durch Abheben des oberen Lappens kann man die Keimung gut verfolgen.

Sport der NWZ

Überraschung im Nürnberger Ronhof

Die bisher größte Überraschung in der süddeutschen Meisterschaft gab es im Nürnberger Ronhof. Dort wurde der führende Nürnberger Club von den in großer Form befindlichen Stuttgarter Kickers in Anwesenheit von 20 000 Zuschauern mit 5:0 geschlagen. Die Tore schossen Rath und Vetter (je 2) und Conen. Durch diese Sensation ist die Meisterschaft, für die viele den Club klar favorisierten, völlig offen geworden. Augsburg und Waldhof liegen nur einen Punkt hinter dem Tabellenführer, nach dem beide sichere Siege errangen. Auch die Stuttgarter Vereine haben noch Titelaussichten.

Oesterreichs Fußball-Länderelf tritt wieder an.

Neben der am 24. April zum Austrag kommenden Begegnung mit Ungarn in Budapest und den weiter in Aussicht genommenen Spielen gegen Frankreich und die Tschecho-Slowakei werden die Oesterreicher am 10. November in Zürich gegen die Schweiz antreten. Am 24. November oder 1. Dezember folgt ein weiteres Spiel gegen Italien in Mailand. Rückkämpfe sind im Frühjahr 1947 in Wien geplant.

Olympische Hauptspiele 1948 im Wembleystadion

Wie Lord Burghley, der Vorsitzende des britischen Olympischen Komitees erklärte, wird die Errichtung eines neuen Olympiastadions in London mit Rücksicht auf die Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit und der hierzu nötigen Materialien so gut wie ausgeschlossen sein. Man wird sich damit behelfen, das Wembley-Stadion zu erweitern. In seiner Umgebung sollen eine große Schwimmanlage und andere Trainingsstätten errichtet werden.

Elf Boxsiege hintereinander

Norwegens Schwergewichtboxer Harry Bernstein erzielte in Neuyork seinen 11. Sieg hintereinander. Zuletzt punktete der Norweger den Brooklyner Cooper aus. Vorher hatte Bernstein alle Kämpfe durch K.o. gewonnen.

Heino, Finnlands großer Läufer

Wie eine gemeinsame Phalanx hält das Feld der nordischen Langstreckenläufer die ersten zehn Plätze der Welt. Keine anderen Europäer außer Schweden und Finnen, kein Amerikaner, kein Asiate, kein Australier hat einen Platz in der Bestleistungsliste. Die einzige Ausnahme ist Frankreichs Groß-Country-Meister Pujazon, der über 3000 m den 5. Platz einnimmt.

Der Meilenweltrekordmann Gunnar Haegg ist mit 8:18,8 Min. der Welt bester 3000-m-Läufer. Seine schwedischen Landsleute Durkfeldt (8:18,2), Ahlden (8:19,2) und Andersson (8:19,8) folgen vor Pujazon-Frankreich (8:20,6). Die Finnen Mäki und Heino (8:21,4 bzw. 8:22,0) rangieren an 9. und 10. Stelle. Dafür lief Heino, Finnlands neuer Wunderläufer über 5000 m und 10 000 m mit Abstand die besten Zeiten. Heinos Leistungen sind 14:17,2 und 30:02,0 Min. Oestbrink (Schweden) kommt mit 14:22,8 am nächsten an Heinos 5000-m-Zeit und Jakobssen (Schweden) mit 30:12,0 am nächsten an Heinos 10 000-m-Zeit heran. Das zweite finnische Aß ist Mäki (14:27,0 und 30:17,6). Interessant ist, daß die Schweden Haegg und Andersson auch hervorragende 5000-m-Läufer sind. Haegg erreichte 14:29,0 und Andersson 14:37,8 Minuten.

Die schnellsten Sprinter.

Als die schnellsten Sprinter der Welt dürften augenblicklich die beiden Amerikaner Ewel und Watson anzusprechen sein, die die 100 Meter in 10,3 Sekunden liefen. Der Brasilianer Samuels lief 10,4, während als bester Europäer der Belgier Assis mit 10,5 anzusprechen ist.

Bester Skisprung seit Jahren: 96 Meter!

Die Bestleistung in der Skisprung-Saison dieses Winters, die in USA. mit 88,5 m erreicht worden war, wurde in Italien übertroffen. Der Landesmeister Bruno Dacol sprang auf der Pontedilegno-Schanze bei Chiasso 96 m. Diese Leistung ist die beste Leistung, die seit Jahren erzielt wurde.

AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Gesetz Nr. 52 der Militärregierung. Alle Personen, deren Vermögen und Bankkonten auf Grund des Gesetzes Nr. 52 gesperrt sind, werden durch dieses Gesetz dazu aufgefordert, alle Einkünfte aus Gehältern, Löhnen oder sonstigem Verdienst in die Bankkonten einzuzahlen. Auf Grund des Wortlautes der Allgemeinen Genehmigung Nr. 1 ist eine monatliche Abhebung in festgelegten Grenzen von den Bankkonten erlaubt. Jeder, der über ein Einkommen verfügt, das er anders als durch eine Abhebung vom Bankkonto erworben hat und das die erlaubte Höhe übersteigt, macht sich strafbar und wird im Einklang mit Artikel VIII des Gesetzes Nr. 52 von einem Militärgericht zur Verantwortung gezogen.

Wichtige Bekanntmachung für die Jugoslaven in Deutschland. SPECIJALNO OBAVESETENJE JUGOSLOVENIMA. BRITANSKE VLASTI uvidjaju da je stvar vase sopstvene savesti dali cete se odluciti da iskoristite sadasnju amnestiju, shvatite potrebe vase domovine i da se vratite u JUGOSLAVIJU. One ipak zele da vam stave do znanja sledece:

1. Velika je oskudice hrane u ovoj zemlji. Vasa ce sledovanja hrane ostati koliko je moguce velika, ali neka smanjenja ce, naravno biti potrebna.
2. Veliki deo hrane koja vam se dodeljuje potice iz paketa Crvenog Krsta. Ovi se paketi vise ne primaju a sadasnje rezerve ce biti iscrpljene za malo nedelja. Vasa ce hrana zbog toga neizbezno postati jednolicnija.
3. Bivsi ratni zarobljenisi koji se ne vrate u svoju zemlju morace bez sumnje da izgube svoj sadasnji status i da postanu civilna reseljena lica (Displaced Persons).
4. Tokom prosle zime Britanske Vlasti dozvolile su mnogima od vas da ostanu u barakama i zgradama koje su bile potrebne za Britansku vojsku. Usled toga vojska je morala da zivi u nepogodnim stanovima. Ovo ne moze ovako da se nastavi. Ukoliko se vi ne oblucite da se prvom prilikom vratite u Jugoslaviju, mnogi ce od vas morati da se isele iz sadasnjih stanova ili logora i da budu smesteni u druge stanove koji ni u kom slucaju nece da budu tako dobri.
5. Skrece vam se paznja da gornje uzmete u najozbiljnije razmatranje. Odlucite se sto pre, tako da biste znali sta hocete da ucinite kada vam bude saopsteno da su pripreme gotove za vas povratak u Jugoslaviju pod sadasnjom amnestijom.

GLAVNI STAB 1 KORPUSA Mart 1946.
PO NAREDJENJU KOMANDANTA DISTRIKT 1 KORPUSA.

Familienanzeigen

GEBURTEN

Elke-Elfriede, 2. 3. 1946, Ewald Timmevelt und Lotti geb. Tetzner, Bocholt, Viktoriastraße 116.

Uwe, 8. 3. 1946, Karl Lohmann und Frau Maria geb. Schröer, Bocholt, Weidenstr. 10.

Geschäftsanzeigen

Habe mich in Barlo-Stenern niedergelassen. Hebamme Klara Hülsheger, Stenern 41.

Hebamme Kolks wohnt jetzt Bocholt, Eintrachtstr. 2, Ecke Bollwerk. +

Alle nicht krankenkassenpfl. Einwohner d. Reg.-Bez. Münster aller Berufe, welche allein od. m. ihrer Fam. d. altan Central-Krankenversichg. v. 1913 als Mitglied beitreten wollen, bitten wir um Ang. ihrer Adresse an Kölner Central-Krankenversicherung, Münster, Hansaring 35, dam. wir Angeb. uns. äußerst günst. Tarife zusenden können.

Für Hühnerbesitzer bieten wir an: Flügelklammern „Hudora" 10 Paar 2,40 RM., Flügelhalter „Rekord" 100 Stück 7 RM. Lieferung nur per Nachnahme. Westfalia Werkzeugco., (21) Hagen i. W.

Singer-Nähmaschinen-A.-G., Hamm i. W., jetzt Grünstr. 55, Fernr. 594, Reparaturwerkst. f. sämtl. Fabrikate.

Sirenen versch. Größ., elektr. u. Handbetr., f. Feuergefahrenalarm u. Werkpausenzeich., kurzfr. als Herstellerw. liefert. H. Lütticke, Olpe, Postf. 73.

Kaufe Hanf- und Flachsstroh. Fragebogen für Bindegarn nimmt entgegen. A. Ortkamp, Seilerei, Coesfeld, Basteiring.

Umfärbung von Uniformen u. Bekleidungsstücken erfolgt laufend. Annahme tägl., außer samstags. Frau Hedwig Pusch, Borken, Jahnstr. 1.

Gelegenheitsanzeigen

Trabrennen Gelsenkirchen, Sonntag, 14. April 46, 14 Uhr, 7 Rennen.

Dortmunder Aktien-Brauerei, Dortmund. Einladung zu einer außerordentl. Hauptversammlung am Freitag, dem 17. Mai 1946, 11 Uhr, in den Geschäftsräumen der Dortmunder Akt.-Brauerei, Dortmund, Rheinischestr. 73. Tagesordnung: Wahlen zum Aufsichtsrat. Aktionäre, die ihr Stimmrecht ausüben wollen, müssen ihre Aktien spätestens am Dienstag, dem 14. Mai 1946, entweder bei unserer Gesellschaftskasse oder in Dortmund bei der Dresdner Bank, Filiale Dortmund, bei der Deutschen Bank, Filiale Dortmund, bei der Commerzbank, Filiale Dortmund, bei der Stadtsparkasse zu Dortmund, in Hamburg bei der Vereinsbank in Hamburg, in Köln bei dem Bankhaus Delbrück von der Heydt & Co., während der üblichen Geschäftsstunden hinterlegen und bis zur Beendigung der außerordentlichen Hauptversammlung daselbst belassen. Die Hinterlegung kann auch bei einem deutschen Notar oder bei einer zur Entgegennahme der Aktien befugten Wertpapiersammelbank erfolgen. In diesem Falle ist die Bescheinigung des Notars über die erfolgte Hinterlegung bzw. der von der Wertpapiersammelbank ausgestellte Hinterlegungsschein spätestens einen Tag nach Ablauf der Hinterlegungsfrist bei unserer Gesellschaftskasse einzureichen. Im übrigen wird auf § 21 unserer Satzung hingewiesen. Dortmund, den 27. März 1946. Dortmunder Aktien-Brauerei. Der Vorstand: Carl Stade. Otto Bönning. +

Kath. Knecht f. landwirtsch. Arbeiten ges. Beste Behandl. H. Flaskamp-Hanebrink, Stromberg über Oelde.

Ledertreibriemen v. 30 cm Breite 8 mm Stärke u. 11,6 m Länge, zuzügl. Überlappung ges. Rudolf König, Witten-Annen.

Kauf, Pacht, Beteiligung einer Großhandlung oder Spezialgeschäft der Glas-, Porzellan-, Haushaltungs- und Metallwarenbr. von langj., selbst. Fachmann ges. Ang. unt. B. G. 1461 an G. Geerkens, Anz.-Mittl., Hagen.

Bäckerei u. Lebensmittelgeschäft, evtl. getrennt, von tücht. Fachehepaar zu kaufen oder pachten ges. Ang. unt. A. H. 1437 an G. Geerkens, Anz.-Mittler, Hagen i. W.

Suche Kunstzeitschr., kunstgeschichtl. Werke sowie Velhagen u. Klasings u. Westermanns Monatshefte zu höchsten Preisen zu kauf. V 411 an RWA. Hagen, Goldbergstr. 12.

Einen liegenden od. stehend. Dampfkessel v. 40—50 qm Heizfläche u. 6—11 Atm. Betriebsdruck, z. Verfeuern v. Stück- od. Nußkohle geeignet, wenn mögl., m. Blechschornst., zu kauf. ges. BB 1965 NWZ. Oelde.

Schreibmasch., neu od. gebr., wenn a. reparaturbedürft., v. Kriegsbeschäd. zu kauf. ges. Hansjörg Porombka, Beckum, Oelder Str. 61.

Druckereibesitzer, totalgesch., sucht dring. kl. Betrieb od. einz. Masch., Schriften u. a. Utensilien zu kaufen. BB 1814 NWZ, Oelde.

Landwirtschaft bis 80 Morgen von tücht., strebs. Landwirt zu kaufen oder pachten ges. Beste Zeugnisse vorh. A 1102 NWZ. Münster.

Schreibmaschinen, gl. welcher Marke, v. Behörde zu kf. od. zu mieten ges. Anfallende Reparaturen werden von der Behörde übernommen. Sorgfält. Behandl. wird zugesichert. Off. unt. R. L. 4006 a. Stamm-Werbung, Agentur Lückertz, Münster i. W., Salzstraße 57.

Schlafzimmer zu kaufen ges. Näh. NWZ. Borken.

Drehbank, neu oder gebr., zu kaufen ges. Näh. NWZ. Borken.

Brautkleid zu kaufen ges. N 241 NWZ, Bocholt.

Grundstück für Wohn- oder Geschäftshaus in Bocholt oder Umg. zu kauf. ges. N 249 NWZ. Bocholt.

Bombentrümmer, darunter viele tausend brauchbare Ziegelsteine, geschlossen nur an Unternehmer abzugeben. Interessenten wollen Bedingungen anford. N 171 NWZ. Bocholt.

Nähmaschine von Schneiderin dring. zu kauf. ges. NB 388 NWZ. Borken.

Holzschuhverarbeitungsmaschine und Bandsäge zu kaufen ges. NB 384 NWZ, Borken.

Marktwaage mit aufstehenden Gefäßen zu kaufen oder geg. kleinere Waage zu tausch. ges. Karl Berthe, Gemen.

Motorrad bis 200 ccm v. Schweikriegsbeschäd. zu kauf. ges., evtl. Wertausgleich durch Fahrräder. Lägespork 46 bei Bocholt.

Große und kl. Glasfrichter (Mörser) ges. Steindrogerie August Steiner, Bocholt, Nordallee 54.

Guterhalt. Kindersportwagen gesucht. Bocholt, Blücherstr. 11.

Mod. Schlafzimmer, leicht beschädigt, zu verkaufen. NB 391 NWZ. Borken.

Guter, großer Wachhund gegen zeitgem. Vergütung zu verkaufen. NB 373 NWZ. Borken.

Betrieb für Holz- u. Metallbearbeitg. geeignet (Möbelfabrik, Schlosserei od. Tischlerei) zu kauf. od. zu pacht. ges. Inhaber od. Vermittler kann lohnende Beschäftigung finden. Diskretion zugesichert. BW 795 NWZ. Gütersloh.

Je eine Vollholzschuhkopier- u. Bohrmaschine (Fabrikat Kampmann) ferner ca. 20 000 Paar Holzschuhkissen abzugeben. NB 383 NWZ, Borken.

Kleiner Lagerraum von Kleiderfabrik z. mieten ges. N 257 NWZ. Bocholt.

Zwei Bullenkälber mit Leistungsnachweis abzugeben. Näh. NWZ. Borken.

Möbl. Schlafzimmer zu verm. Näh. Blomesath, Rhede.

Möbl. Zimmer, auch einf., in Rheda sof. gesucht. NB 393 NWZ. Borken.

Etwas Ackerland in Stadtnähe zu pachten ges. Näh. NWZ. Borken.

Ingenieur sucht größ. o. kl. Betrieb (Masch.-Bau, Kraftwageninstandsetzung oder ähnl.) zu pachten oder zu übernehmen. Leicht beschäd. Betrieb wird aufgeb. BB 2137 NWZ. Oelde.

Mädchen, 26 J., kath., 64 cm, dunkelblond, erf. im Haushalt, sucht, da es an pass. Herrenbekanntschaft fehlt, auf diesem Wege die Bekanntschaft eines Herrn im Alter von 28—30 J. Bildzuschriften erw. NB 374 NWZ. Borken.

Einheirat. Bin Ende der 30er, 175 gr., kath., gesund, tadellos. Vergangenh., suche mit anständ. Mädel in Briefwechsel zu treten. Alter 28—35 J. Lust und Liebe zur Landw. Beding. Bildzuschr. erw. LB 2332 Boxberger, Niedermarsberg.

33jähr. Melker, 1,60 m groß, sucht die Bekanntschaft eines Mädels, das auch melken kann. N 247 NWZ. Bocholt.

Landwirtstochter, 21 J., möchte kath. Landwirtssohn kennenlernen mit kl. Landwirtschaft oder Handwerker, nicht unter 1,76 m groß. C 4790 NWZ, Recklinghausen.

Landwirtssohn, kath., jg., gute Erscheinung, möchte kath. Landwirtstochter kennenlernen, die Einheirat bietet. C 4791 NWZ. Recklinghausen.

Druckereifachmann (gepr. Meister), lehrber., Witwer, 49 J., einwandfr. Vergangenh., s. in Druckerei, Papierwaren- od. and. Geschäft einzuheiraten, evtl. Pacht. Kaution kann gest. werden. BB 1806 NWZ, Oelde.

Solider Handwerksmeister, 50 J., alleinstehend, s. zur Führung seines Haush. liebe Frau, nicht unt. 35 J., der er bei Zuneigung liebevoller Gatte sein will. BB 1967 NWZ. Oelde.

In welcher Kleinstadt wird modern. Klempner- und Installationsgeschäft benötigt? Eilangeb. mit Ang. der Wohn- und Werkstattverhältn. (evtl. wird beschädigt. Haus übernommen) sind zu richten u. 16 228 Ann.-Exp. Gebelhoff, Gelsenkirchen, Ringstr. 33.

Wer erteilt Kind im ersten Schuljahr Nachhilfestunden? N 242 NWZ. Bocholt.

Junge Frau mit 9jähr. Jungen sucht Unterkunft auf einem Bauernhof. Sämtl. Arbeiten und Spinnen werden mit übernommen. Näh. NWZ. Borken.

Musikliebhaber sucht Akkordeon bei bester Pflege und guter Bezahl. zu leihen. N 243 NWZ, Bocholt.

Wer erteilt in Rhede zwei jg. Mädchen Unterricht in Steno, Schreibmaschine und Buchführung. Näh. Rademacher, Rhede.

Beteilige mich mit Geld und Material am Wiederaufbau eines zerstörten Hauses in Borken bei Überlassung einer Wohn. NB 372 NWZ. Borken.

Goldener Ring mit kl. Stein verl. von Nordstr. — Hemdener Weg. Gegen Belohnung abzugeben b. Hengefeld, Bocholt, Nordstr. 25 (Bäckerei).

Dunkelblauer Wollmantel mit grauem Persianerbesatz von Nordallee bis Barlo verloren. Geg. Belohn. abzugeben bei Dr. Holle, Bocholt, Westwall. +

Werkzeugmacher u. Feinmechaniker. Alle ehemaligen Betriebsangeh. der obigen Berufe werden gebeten, sich umgehend zu melden bei Siemens u. Halske, A.-G., Betrieb Bocholt. +

TODESFÄLLE

Johann Ernst Hüning

Obergefr., starb am 11. 6. 45 bei den Aufräumungsarbeiten in den Magg durch eine Mine im Alter von 35 Jahren. Er war ein lieber Gatte und seinen Kindern ein treusorgender Vater. In stiller Trauer: Johanna Hüning geb. Wessling und seine sieben Kinder, Eltern u. Geschwister. Seelenamt am 13. 4. 46, 7,15 Uhr, Bocholt, St. Ewaldi.

Gertrud Eskes

geb. Deters, starb am 18. 2. 46 nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 69 Jahren.

Bernhard Deters

starb am 11. 3. 46 im Alter von 70 Jahren eines plötzlichen Todes. Um ein stilles Gebet bitten: Familie Eskes und Angehörige, Burlo.

Paul Stump

Obergefr., fiel am 13. 4. 45 bei Unterpurkla, nordwestlich Radkersburg (Steiermark) im Alter von 32 Jahren. In tiefer Trauer: Frau Agnes Stump geb. Ridder und Anverwandte. Seelenamt am 15. 4. 46 in der Hl.-Kreuz-Kirche, Bocholt, Münsterstr. 35.

Hermann Giessing

Obergefr., starb am 1. 9. 45 im Kriegsgefangenenl. Langres (Frankreich), nach Empfang der hl. Sterbesakramente, an einer tückischen Krankheit. Nun ruht er mit seinen drei Brüdern in fremder Erde. In unsagbarem Schmerz: Frau Elisabeth Giessing geb. Hitpaß, Paul Giessing, Luise Giessing. Seelenamt am 15. 4. 1946, um 8 Uhr in der Kapelle in Mussum.

Tauschanzeigen

Der zuerst genannte Gegenstand wird angeboten.

Grundstück mit guterh. Fundament, in günstiger Verkehrslage, am Rande der Stadt Bocholt, geg. ein Grundst. in der Umgegend zu tausch. evtl. zu verkauf. N 229 NWZ. Bocholt.

Küchenherd, Handwagen u. Herrenhut geg. Radio, Wübben, Bocholt, Moddenborgstr. 5a.

Dachziegel geg. Ziegelsteine, DD 954 NWZ. Dülmen.

Ober- u. Unterbett geg. Chaiselongue, Göhrs, Bocholt, Münsterstr. 72.

Federbett geg. guterh. Küchenherd. (Wertausgl.). Karl Wiethold, Bocholt, Gellerstr. 19.

Mod. schw. Damenmantel (42) geg. Herrenanzug u. Kinderbett mit Matratze, Bocholt, Hochfeldstr. 157.

Herrenanzugstoff geg. Kleinkraftrad, 98 od. 125 ccm. Liedern 115.

Neuw. Herrenanzug (50), Herrenlederjacke (50), Herrenschuhe (42—43) geg. Radioapparat (4—6 Röhren). Kolz, Bocholt, Sachsenstr. 206.

Fußballschuhe (42) geg. Herrenhalbschuhe (42). Kolz, Bocholt, Sachsenstraße 206.

Guterh. Teppich geg. Gasherd (Wertausgleich). Frau Franz Vallée, Bocholt, Ritterstr. 24.

Anzug (46) od. Staubsauger geg. gutes Herren- od. Damenfahrrad. N 227 NWZ, Bocholt.

Guter Küchenherd gegen Couch. Ubbing, Lowick 23.

Guterh. Küchenschrank geg. Zimmerofen (Allesbrenner). Ubbing, Lowick 23.

Singer-Nähmaschine geg. Radio und Herren-Arbeitsschuhe (40—41) gegen Herrenhalbschuhe, Bocholt, Saarstraße 23.

Schwarze Herrenhalbschuhe (43) geg. Gr. 45, Bocholt, Gustav-Becker-Str. 6.

Nordischer Fuchs, neu, oder Teppich gegen Knopfmaschine. BB 2483 NWZ. Oelde.

Zwei Betten, zweischläfig, gegen zwei Ehebetten. Näh. Parras, Werth 57.

Hochtragende Kuh geg. Pony. Bocholt, Knufstr. 13.

Damenschuhe (40) geg. Damenschuhe (43) od. Herrenschuhe (43). Bocholt, Jägerstr. 40.

Damenschuhe, Gr. 37½, gegen Gr. 39 Näh. Blomesath, Rhede.

Große Puppe, 75 cm, mit Schlafaugen, schw. Haaren und gr. Grammophon gegen Damen- oder Herrenrad. Näh. NWZ. Borken.

Zwei gute Handtücher gegen stabilen Kamm. Näh. NWZ. Borken.

Kaninchenstall, groß und guterh., geg. Herrenhalbschuhe 43. Borken, Burloerstraße 30.

Elektr. Mangel gegen Radio (4—6 Röhren), N 235 NWZ. Bocholt.

Herrensommermantel gegen Arbeitsschuhe u. Sonntagsschuhe (44). Nienhaus, Bocholt, Knufstr. 19.

Kinderbettstelle mit Matratze gegen Herrenstiefel od. Arbeitsschuhe (43). Bocholt, Jägerstr. 40.

Güste Kuh gegen hochtr. Kuh oder Rind, Lowick 96 r. d. Aa.

Guterh. Damenschuhe (37) gegen Besteck, Bocholt Lützowstr. 8.

Kleiderstoff (Friedensware) gegen Kaffeeservice, Bocholt, Lützowstr. 8.

Guterh. Dreschmaschine mit Kastenschüttler gegen Gummiwagen oder Heuwender, Wwe. Herm. Hoffmann, Dingden, Lankern.

Eichentisch geg. Damenschuhe (40/41). Bauhaus, Bocholt, Hemdener Str. 33.

Kommunionkleid geg. Mädchenschuhe (38). Hungerkamp, Bocholt, Anholter Straße 23.

Guterh. Radio gegen gute Schreibmaschine, N 244 NWZ, Bocholt.

Guterh. elektr. Bügeleisen geg. engl.-deutsch. und deutsch-engl. Lexikon. Plätow, Bocholt, Holtwicker Str. 6.

Sehr gut erh. br. Pelzjacke, ¾ lang, u. neue Bettwäsche, gegen br. Pelzmantel. Plätow, Bocholt, Holtwicker Str. 6.

Gute, kompl. Fahrradbereitung gegen Leichtmotorrad. N 250 NWZ. Bocholt.

Suchdienst! Anzeigen nur für nächste Angehörige, was bei Aufgabe nachzuweisen ist. Es werden nur Name des Gesuchten und seine letzte Adresse veröffentlicht.

(A 607) August Horn, geb. 24. 8. 1891 zu Drengfurt Kr. Rastenburg (Ostpr.)

(A 608) Obergefr. Hans Kuchinke, Fp.-Nr. 11 301 A, 16. 2. 1945 Braunsberg (Ostpr.).

(E 2017) Uffz. Alfons Kröger, Fp.-Nr. 20925 C, verm. 8. 10. 44 bei Aachen.

(NB 237) Gefr. Johann Heuking, Fp.-Nr. 35 795, Febr. 5 Duclapaß.

(NB 240) Obergefr. Alfons Mendera, Nr. 20 843 J, zul. Brest.

Auskünfte über Anzeigen, die ohne Anschrift des Inserenten, jedoch mit Buchstaben und Ziffern erscheinen, können vom Verlag nicht erteilt werden. Die Inserenten wünschen schriftliche Angebote, die an die neben den Buchstaben und Ziffern angegebene Kreisstelle zu senden sind und von dieser an die betreffenden Inserenten weitergeleitet werden.